

# Betriebsräte-Zeitschrift

## für Funktionäre der Metallindustrie

### Wirtschaftskrise und Erwerbslosenfragen

Rob. Ditzmann

Als wir im Herbst v. J. auf den Ernst der hereinbrechenden Krise hinwiesen und umfassende, mit einer längeren Krisendauer rechnende Maßnahmen von Reich, Staat und Kommunen forderten, wurde uns des öfteren von maßgeblichen Staatslenkern und „Wirtschaftskapazitäten“ erklärt, daß es sich nur um eine „vorübergehende“ Krise handle, eine notwendige Reinigungskrise, der dann bald wieder ein gesunder Wirtschaftsaufstieg folgen würde. Seitdem gingen etwa 8 Monate ins Land und heute läßt sich bis zu einem gewissen Grade übersehen, **wen** die „notwendige Reinigung“ getroffen hat und ob jene Recht hatten, die uns damals der Schwarzmalerei bezichtigten. Einen bestimmten Gradmesser für das Ausmaß der Krise gibt die

#### Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter.

Zahl d. Hauptunterstützungsempfänger staatlicher Erwerbslosenfürsorge:

1925	1. Oktober . . . . .	266 062
	1. November . . . . .	363 919
	1. Dezember . . . . .	678 315
1926	1. Januar . . . . .	1 498 681
	1. Februar . . . . .	2 029 855
	1. März . . . . .	2 055 928
	1. April . . . . .	1 942 511
	1. Mai . . . . .	1 784 165

Im Verhältnis zur Zahl der deutschen Krankenkassenmitglieder:

1925	1. Oktober . . . . .	1,4 Prozent
	1. November . . . . .	1,9 „
	1. Dezember . . . . .	3,6 „
1926	1. Januar . . . . .	7,9 „
	1. Februar . . . . .	— „
	1. März . . . . .	12,9 „
	1. April . . . . .	12,2 „
	1. Mai . . . . .	11,1 „

#### Durchschnittlicher Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder von 40 Arbeitergewerkschaften:

1925	Im Oktober . . . . .	5,8 Prozent
	„ November . . . . .	10,7 „
	„ Dezember . . . . .	19,4 „

1926	Im Januar . . . . .	22,6 Prozent
	„ Februar . . . . .	22,0 „
	„ März . . . . .	21,1* „
	„ April . . . . .	18,8* „

\* Nur freie Gewerkschaften

Bei vorstehendem Vergleich zeigen die Ziffern der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder einen fast doppelt hohen Prozentsatz gegenüber der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger staatlicher Erwerbslosenfürsorge. Das rührt daher, daß nicht alle Arbeitslosen in den Bezug staatlicher Erwerbslosenunterstützung gelangen. Dazu kommen neuerdings auch Ausgesteuerte in größerer Zahl. Ferner ist zu beachten, daß bei den rund 19 Millionen Krankenkassenmitgliedern eine Reihe von Arbeitnehmergruppen mit einbezogen sind (u. a. Hausangestellte, in der Landwirtschaft Beschäftigte, Arbeitnehmer, die beschäftigt werden von Reich, Staat und Kommunen usw.), die nicht im gleichen Grade von Arbeitslosigkeit betroffen werden, wie die großen Arbeitermassen in Industrie, Handel, Verkehr und Gewerbe. Wenn wir daher bei Schätzung der Gesamtarbeitslosenzahl nicht den vollen Prozent-

satz der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder auf die 19 Millionen Krankenkassenmitglieder übertragen, so geht doch die Gesamtzahl der Arbeitslosen über die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger staatlicher Erwerbslosenfürsorge erheblich hinaus und dürfte sicher 2,5 bis 3 Millionen betragen. Dazu kommen als weitere Krisenopfer die Kurzarbeiter, deren Zahl mit 2 Millionen veranschlagt werden muß. Von 40 Arbeiterverbänden ergaben die Meldungen als Durchschnitt der verkürzt arbeitenden Gewerkschaftsmitglieder:

**Durchschnittlicher Prozentsatz der verkürzt arbeitenden Mitglieder von 40 Arbeitergewerkschaften:**

1925 Im Oktober . . .	10,9 Prozent	1926 Im Januar . . .	22,6 Prozent
= November . . .	15,5 "	= Februar . . .	21,6 "
= Dezember . . .	19,1 "	= März . . .	21,9* "

Wenn die Zahl der Gesamtarbeitslosen in den Monaten April und Mai d. J. eine bescheidene Senkung erfuhr, so ist dies auf die im Frühjahr einsetzende Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zurückzuführen. Dabei ist jedoch als ernstes Zeichen zu beachten, daß die Einstellung von Arbeitskräften in diesen Saisongewerben diesmal **zurückbleibt gegenüber früheren Jahren**. Wir haben noch in diesen Monaten einen erheblichen Teil arbeitsloser Bauarbeiter, eine Erscheinung, die in keinem früheren Jahre so hervorgetreten ist. Es ist daher auch im höchsten Grade ungerecht und falsch, wenn die Regierung bei Verlängerung des Bezuges von staatlicher Erwerbslosenunterstützung von 26 auf 39 Wochen die Arbeitnehmer des Baugewerbes und der Landwirtschaft generell ausgenommen hat.

Doch bleiben wir bei der Gesamtzahl der insgesamt 4,5 Millionen Arbeitsloser und Kurzarbeiter. Welche Unsumme von Not und Elend, Sorge und Verzweiflung spricht aus diesen Zahlen. Mindestens 2,5 Millionen arbeitswilliger Menschen liegen auf der Straße, zum größeren Teil schon lange Monate arbeitslos und zumeist ohne Aussicht, in absehbarer Zeit wieder in Arbeit treten zu können. Hand- und Kopfarbeiter wurden in gleichem Maße von der Krise getroffen, ausgelernnte Lehrlinge teilen das Schicksal mit **älteren** Arbeitnehmern, von denen ein Teil 10, 15, 20 und mehr Jahre in einem Betriebe beschäftigt war und die nun mit aufs Pflaster flogen. Eine brutale Lehre für diejenigen Arbeitnehmer, die etwa glaubten, eine „Lebensstellung“ zu besitzen. Und zu den 2 $\frac{1}{2}$  Millionen völlig Arbeitsloser gesellen sich weitere 2 Millionen Kurzarbeiter als unmittelbare Opfer der Krise. Ist das **ganze Sein** dieser 4,5 Millionen (und ihrer Familien) von der Wirtschaftskrise getroffen, so gehen die allgemeinen materiellen und geistigen Einwirkungen der Krise über diese Zahl weit hinaus. Davon werden heute fast alle Arbeitnehmer erfasst, sicher aber alle Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel, Verkehr und Gewerbe. Denn wen nicht als Arbeitsloser oder Kurzarbeiter die Schläge der Krise treffen, der spürt im Betriebe allzu deutlich das Vorgehen der Unternehmer, dieweil letztere glauben, die Krise in ihrem Sinne auszunutzen zu können und heute den Arbeitnehmern manches anbieten, was sie in Zeiten besserer Konjunktur nicht wagen würden. Werden so von der **langanhaltenden** Krise fast alle Arbeitnehmer

in der einen oder anderen Form betroffen und zieht letztere sozusagen alle in ihren Bann,

**dann gewinnt doppelte Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, was deren Organe tun und wie sie sich der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der von der Krise Betroffenen annehmen.**

Darüber sich selbst Rechenschaft zu geben, Gewerkschaft und Partei unterstützend sowie innerhalb des Verbandes aktiv mitarbeitend, ist Pflicht aller Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre wie jeden Mitgliedes. Stellt die Gegenwart hohe Anforderungen an uns, so war dies nicht minder im letzten Jahre der Fall. Nicht zuletzt sollten alle für die Eisen- und Metallindustrie in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen wissen:

1. daß der DMV seit dem Spätherbst 1925 bis heute die arbeitslos werdenden Verbandsmitglieder (ebenso Kurzarbeiter mit drei Tagen und mehr Arbeitsausfall) unterstützt, entsprechend der ihnen laut Statut zustehenden Erwerbslosenunterstützung. Diese auf die Solidarität aller Mitglieder sich stützende große Leistung des DMV, der 1926 in jedem Monat rund drei Millionen Mark als Unterstützung an die von der Krise betroffenen Mitglieder entrichtete und auch weiterhin laufend hohe Unterstützungssummen auszahlt, kann sich wahrlich sehen lassen;
2. daß es zähem Ringen und unermüdlicher, umsichtiger Verbandsarbeit bis heute gelungen ist, die in tariflichen Vereinbarungen festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen den in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — zu erhalten, trotz aller Anstürme, die von Unternehmerseite zur Verschlechterung der Verhältnisse unternommen wurden;
3. daß unablässig versucht worden ist, durch stete Einwirkung auf Regierung und Gesetzgebung, in den zuständigen Ausschüssen wie im Plenum des Reichstages zu erreichen:
  - A. Für die Erwerbslosen eine ausreichende staatliche Unterstützung unter Wegfall der einschränkenden Bestimmungen der Reichsverordnung für Erwerbslosenfürsorge.
  - B. Unterstützung der Kurzarbeiter und Werksbeurlaubten.
  - C. Umfassende Notstandsarbeiten zur Beschäftigung Erwerbsloser.
  - D. Eine Reihe einzelner Maßnahmen zur Linderung der Krise, Hebung der Beschäftigung usw.

Die unter A bis D genannten Forderungen wurden im gleichen Sinne von den Arbeitervertretern in den einzelnen Landtagen, den Kommunen und anderen Stellen erhoben. Und alle Arbeitnehmer, sowohl die heute noch in Arbeit stehenden wie die Erwerbslosen müssen beachten:

4. daß das bisher Erreichte lediglich den Gewerkschaften und den politischen Arbeitervertretern zu verdanken ist;
5. daß in den einzelnen Parlamenten berechtigte und im Interesse der Krisenopfer gelegene Forderungen immer wieder eine teilweise oder gar völlige Ablehnung seitens der bürgerlichen Parteien erfuhren;
6. daß diese öftere Ablehnung berechtigter Arbeiterforderungen nur deshalb möglich war, weil bei den letzten Wahlen leider ein erheblicher Teil von Arbeitnehmern — auch solcher, die heute als Erwerbslose und Kurzarbeiter das Versagen bürgerlicher Parteien sehr deutlich am eigenen Leibe verspüren — nicht soviel Klassenbewußtsein und Erkenntnis besaß, um einer Arbeiterpartei die Stimme zu geben. Das gleiche trifft zu für diejenigen Arbeiter, die bis heute der Gewerkschaft fernblieben oder ihr untreu wurden.

Der Kampf um eine wirksame Unterstützung der Opfer der Krise geht weiter. Dabei haben wir insbesondere in den Vordergrund zu stellen:

1. Wir müssen in erheblichem Ausmaß mit einer längeren Krisendauer rechnen. Demzufolge sind umfassende Maßnahmen zu treffen, die nicht von heute auf morgen beschränkt, sondern auf weitere Sicht zu bemessen wären.

2. Die staatliche Erwerbslosenunterstützung kann während der Dauer dieser schweren Krise nicht auf 26 oder 39 Wochen (Höchstbezug) beschränkt werden. Es geht unmöglich an, Millionen Erwerbsloser, die arbeiten wollen, aber keine Beschäftigung erhalten können, dann einfach an die Wohlfahrts- oder Armenämter abzuschieben.
3. Ist bei einem erheblichen Teil Erwerbsloser eventuell mit einer jahrelangen Arbeitslosigkeit zu rechnen, so müssen die laufenden Notstandsarbeiten in einem Umfang durchgeführt werden, daß abwechselnd — vielleicht je ein Vierteljahr — mindestens 3- bis 400 000 Erwerbslose (wenn mehr, um so besser) mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden können.
4. Bei Wiedereinstellung von Arbeitskräften muß — eventuell durch die Gesetzgebung — unterbunden werden, daß Arbeitnehmer über ein bestimmtes Alter hinaus kaum noch eingestellt werden. (Diese ernste Sorge lastet heute auf jedem Arbeitnehmer, der über 40, 45 oder 50 Jahre alt und von Arbeitslosigkeit bedroht und betroffen wird.)
5. Die materielle Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter kann bei der jetzigen Krise und deren Ausmaß nicht abhängig gemacht werden von der Höhe des Betrages, den Reich und Länder bei Festsetzung ihres laufenden Jahresetats mehr oder weniger willkürlich — dabei den Betrag natürlich recht niedrig haltend — einstellten.
6. Dasselbe gilt von den in größerem Umfang durchzuführenden Notstandsarbeiten und den dafür im Etat des Reiches, der Länder und Kommunen vorgesehenen Summen.
7. Reich, Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, für die Opfer der Krise mit einzutreten. Für deren Unterstützung und Beschäftigung müssen entsprechend dem Umfang und der Dauer der Krise die notwendigen Mittel aufgebracht werden. Glauben Regierung und Mehrheitsparteien in anderen Fällen und bei anderen Gesellschaftsklassen und Bevölkerungsschichten vor einem Muß zu stehen — wobei das „Muß“ oft recht zweifelhafter Natur ist —, so fand und findet man stets Mittel und Wege. Bei den Opfern der Krise kann über das **zwingende Muß** kein Zweifel obwalten.
8. Die während dieser Krise notwendigen Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen sind durch Versicherungsbeiträge allein nicht aufzubringen. Tatsache ist denn auch, daß selbst bei der heutigen unzureichenden Unterstützungen etwa ein Drittel der notwendigen Summen aus zwangsläufigen Beiträgen, rund zwei Drittel aus Zuschüssen des Reiches und der Einzelstaaten fließen. Wir kommen daher bei dieser Krise — gleich wie man sich im Prinzip auch zur Frage „Erwerbslosenfürsorge oder Versicherung“ stellen mag — mit einer Arbeitslosenversicherung nicht aus.
9. Die Vorlage der Reichsregierung, die als sogenannte „Zwischenlösung“ eine Unterstützung der Erwerbslosen nach Lohnklassen vorsieht, ist abzulehnen. Und die für jedermann erkennbare Tatsache, daß bei dem Lohnklassensystem, wie es die Regierung vorschlägt, die große Mehrheit der Erwerbslosen — und gerade die am schlechtesten gestellten — eine zum Teil erhebliche Verschlechterung ihrer bisherigen Bezüge erfahren soll, während nur einem kleinen Bruchteil der Erwerbslosen eine bescheidene Erhöhung der Unterstützung winkt, sollte uns davor warnen, jetzt einer Erwerbslosenunterstützung nach Lohnklassen das Wort zu reden. Wer gegenwärtig auf den Boden eines Lohnklassensystems tritt, darf nicht nur an seine Vorschläge denken, sondern muß auch damit rechnen, was Regierung und Mehrheit daraus machen. Wir müssen daran festhalten, daß wenigstens ein gewisses Existenzminimum — wenn auch abgestuft für Jugendliche, Verheiratete, Kinderzahl usw. — allen Erwerbslosen als Unterstützung gegeben wird, sollen sie nicht völliger Verelendung anheimfallen.

Die keineswegs vollkommene Hervorhebung der mit der Krise zusammenhängenden und die Arbeitslosen und Kurzarbeiter betreffenden Fragen zeigt uns auch das hohe Maß der an uns gestellten Anforderungen. Und jeder Kollege muß erkennen, daß wir die so gewaltigen Aufgaben nur erfüllen können im engsten, gemeinsamen Wirken. **Unverbrüchliche Klassenolidarität muß alle Hand- und Kopfarbeiter, muß alle noch in Arbeit stehenden Arbeitnehmer mit den arbeitslosen Kameraden — und umgekehrt — verbinden, denn alle trifft schließlich das gleiche Los. Aktives Wirken in Arbeit und Kampf, geistige Erkenntnis und tatkräftiges Handeln muß die geeinte Arbeiterklasse vorwärts bringen.**

# Die Rehrseite des amerikanischen Wirtschaftswunders

Lonh Sender

## I.

Wir haben uns wahrlich nicht über einen Mangel an Aufklärung über die Leistungen der Technik und der Organisation im amerikanischen Wirtschaftsleben zu beklagen — der deutsche Büchermarkt wurde gerade in den letzten Jahren überaus reichlich mit solcher Aufklärungsliteratur versorgt. Und es soll auch nicht bestritten werden, daß trotz der Bedingtheit durch amerikanische Verhältnisse Europa noch mancherlei vom neuen Kontinent zu lernen hat. Aber über die für das europäische Proletariat besonders interessante Seite des amerikanischen Wirtschaftswunders ist noch wenig Klarheit verbreitet worden, wir meinen die durch die besondere Zusammenballung ungeheurer Wirtschaftsmacht geschaffene Arbeits- und Lebenslage des amerikanischen Arbeiters. Wir wissen, daß der amerikanische Arbeiter weit besser bezahlt ist, als der deutsche und die meisten europäischen, auch wenn man vom Reallohn ausgeht, aber gerade für den aufgeklärten europäischen Arbeiter erschöpft sich in der Lohnhöhe noch nicht das Kriterium für die Beurteilung der Lebenslage. Es ist selbstverständlich, daß auch ein Arbeitervertreter durch einen kurzen Aufenthalt in der Neuen Welt uns kein erschöpfendes Bild mitbringen kann, und darum haben wir uns bemüht, festzustellen, inwieweit drüben von wissenschaftlicher Seite genauere Untersuchungen über das Arbeitsproblem vorgenommen worden sind. Erfreulicherweise konnten wir feststellen, daß unter anderm gerade über das uns besonders interessierende Gebiet der Metallindustrie im vorletzten Jahre ein wertvolles Werk erschienen ist, das des Lehrers der Nationalökonomie an der Universität Columbia Charles A. Gulik über „Labor Policy of the United States Steel Corporation“ (Arbeiterpolitik des Stahlwerksverbandes der Vereinigten Staaten), das von der Columbia-Universität in New York verlegt wurde.

Der Verfasser teilt darin mit, daß er sich bemüht hat, die hauptsächlichsten Daten von den Leitern des Verbandes selbst in langer, mühevoller Arbeit sich zu beschaffen und hat auch von dieser Seite sehr weitgehendes Entgegenkommen gefunden. Als aber das Manuskript abgeschlossen war und vom Verfasser dem Leiter des Verbandes zur Durchsicht vorgelegt wurde, erklärte dieser, daß das Werk „vorurteilsvoll, unfair gegen den Stahlwerksverband und in manchen Punkten nicht in Übereinstimmung mit den Tatsachen sei“. Herrn Guliks Ersuchen, eine Zusammenstellung aller ungenauen Daten zu geben, wurde jedoch abgelehnt, angeblich weil deren zu viele seien. Es stellte sich indessen heraus, daß der Vertreter des Stahlwerksverbandes nicht mehr und nicht weniger verlangte, als daß das ganze Buch vollkommen umgeschrieben und in einem dem Stahlwerksverbande freundlicheren Tone abgefaßt werde. Als das selbstverständlich vom Verfasser abgelehnt wurde, sagte man ihm nach, er sei Mitglied der dritten Internationale und beabsichtige den Sturz der amerikanischen Regierung. Beschuldigungen, die jedoch weder ihn noch die Universität an der Herausgabe des Buches hinderten.

Die United States Steel Corporation ist nicht wie der Deutsche Stahlwerksverband eine die Gesamtindustrie umfassende Organisation, sondern

eine private Zusammenfassung der hauptsächlichsten Großkonzerne, die allerdings rund die Hälfte der Produktion kontrolliert und unmittelbar über eine Million Arbeiter beschäftigt. Während zwei Generationen war gerade die Eisen- und Stahlindustrie berüchtigt wegen ihrer langen Arbeitszeit, die im Zweischichtensystem arbeiten ließ. Immer wieder wurde in den zahlreichen Bewegungen und Streiks in erster Linie die Klage über die lange Arbeitszeit vorgebracht. Aber trotz aller schönen Entschlüsse der Verwaltung wurde bis zum Kriege wenig an dem Zustand geändert. Ja, ein Vergleich des Zustandes unmittelbar vor Kriegsausbruch mit demjenigen, wie er alsbald nach Kriegsende bestand, weist eine nicht unerhebliche Zunahme der Zwölfstundenschicht und der siebentägigen Arbeitswoche auf. Nach Ausscheidung der in den offiziellen Statistiken mitenthaltenen Angestellten und Beamten und unter Zugrundelegung der ausschließlich in der Produktion beschäftigten Arbeiter waren 1911 rund 45 000 Arbeiter in der Zwölfstundenschicht tätig, während diese Zahl im Oktober 1920 rund 85 000 betrug. Die Frage der Abschaffung des Zweischichtensystems wurde erheblich ins Rollen gebracht durch die von einer privaten Stiftung unter Leitung eines Sachverständigen unternommene Untersuchung der Arbeitsbedingungen in der Stahlindustrie. Diese Expertise kam zum Schluß, daß alle die Betriebe, die bereits das Dreischichtensystem eingeführt hatten, mit den damit gemachten Erfahrungen durchaus zufrieden waren und daß in Übereinstimmung mit früheren Schätzungen die dadurch verursachten Mehrkosten höchstens 3 Prozent ausmachen. Eine zweite in der gleichen Richtung und unter gleicher Leitung vorgenommene Untersuchung ergab sogar eine Verminderung der Arbeitskosten durch das System der dreifachen Schicht. Nun mußte sich auch der Stahlwerksverband erneut mit der Frage beschäftigen. Er versuchte zunächst, die Sache hinauszuzögern. Schließlich stellte sich jedoch der ehemalige Präsident Harding mit an die Spitze der Bewegung für den Achtstundentag in der Eisen- und Stahlindustrie und erreichte zunächst wenigstens die Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission beim Stahlwerksverband, die freilich zu dem Schlusse kam, daß sie sich nicht zugunsten der Abschaffung der Zwölfstundenschicht aussprechen könne. Ein Sturm der Entrüstung erwiderte auf diese Feststellung. Es kehren auf Seiten des Verbandes dieselben altbekannten Argumente wieder, die auch wir so oft zu hören bekamen: Die Arbeiter selbst zögen zum Teil die Zwölfstundenschicht vor (wegen des höheren Verdienstes), die Preise müßten erhöht und so der Konsum verteuert werden usw. Da erhielt das Wirtschaftsministerium einen Brief eines Unternehmers der Eisenindustrie, der bereits den Achtstundentag in seinen Betrieben eingeführt hatte und berichtet, daß das Resultat dieser Neuerrung eine Steigerung der Arbeitsleistung pro Mann und Stunde und daß die in der Tabelle enthaltenen Arbeitskosten ausnahmslos auf der ganzen Linie gesunken seien. Dies veranlaßte den Präsidenten Harding, noch einmal energisch beim Stahlwerksverband vorstellig zu werden mit dem Erfolg, daß erneut eine Untersuchungskommission im Juni 1923 eingesetzt wurde und nun auch der Verband auf eine allgemeinere Einführung des Achtstundentages hinwirkte.

Wieviel Kämpfe aber waren notwendig, um dies zu erreichen, wieviel Opfer mußten gebracht werden, die hier vollkommen unbekannt geblieben sind und die wohl am größten waren während des großen Streiks im Jahre

1919, Schwierigkeiten, die man nur dann ermessen kann, wenn man die Kapitel über die Methoden zur Bekämpfung der Gewerkschaften durchliest. An manchen Stellen kommen einem die mitgeteilten Tatsachen vor wie Stellen aus einem sehr spannenden Detektivroman und sind doch nur Ausschnitte aus der Praxis und dem Leben der amerikanischen Arbeiter, die sich zu solidarischer Aktion zusammenschließen wollen. Es will zumeilen schier unglaublich scheinen, daß man in einem modernen Staat sich solcher Mittel zur Bekämpfung eines legalen Anspruchs des arbeitenden Menschen bedienen darf. Und manches wird uns erklärlich über die Lage der amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Organisation des Proletariats.

Herr Gulick resümiert die Methoden zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Organisation dahin, daß er sie in zwei Gruppen einteilt,

1. Gruppe: Schließung der Betriebe nach Abschluß eines Tarifvertrags.

Anwendung von Sträflingsarbeit.

Einstellung von Spionen zur Überwachung der Agitation.

Einstellung von Streikbrechern.

Entlassung wegen gewerkschaftlicher Agitation.

Schwarze Listen für gewerkschaftlich Organisierte.

2. Gruppe: Bevorzugte Einstellung ausländischer Arbeiter.

Kontrolle der Presse. Kontrolle der Beamten. Wohlfahrts Einrichtungen.

Das Mittel der Betriebschließung nach Abschluß von Tarifverträgen wird durch eine Reihe von Vorfällen bestätigt. So hat die American Steel Sheet Company im Jahre 1901 nach Abschluß eines Tarifvertrages von ihren 20 Werken elf geschlossen, während die freien Werke sämtlich in Betrieb blieben.

Die Verwendung von Sträflingsarbeit spielte keine so bedeutende Rolle in der Gewerkschaftsbekämpfung. Immerhin wird geltend gemacht, daß die Werke den Vorteil dieser Arbeitskräfte darin erblicken, daß sie billiger sind und regelmäßiger und daß durch sie ein Block gegen das Anwachsen der Gewerkschaften in dem Distrikt geschaffen werden kann.

Am empörendsten und gemeinsten freilich ist die Methode der **Bespitzelung**, die in ausgedehntem Maße angewandt wird. Der Verfasser erklärt, daß diese Methode eine unter den Studierenden des Arbeitsproblems allbekannte Tatsache sei. Und zwar hat man dafür zwei Wege ausgedacht. Es gibt Spione, die als ein Teil der ordentlichen Belegschaft eingestellt sind, und andere, die von einer Agentur für eine bestimmte Zeit oder einen besonderen Anlaß geliefert werden. Gerade dieses Tätigkeitsgebiet war mit einer der Gründe, die zu dem Zusammenschluß in der Stahlindustrie führten. Hat doch Mr. Fitch, der Direktor eines Werkes, das den Anschluß an die United States Steel Corporation wünschte, wörtlich erklärt:

„Ich bezweifle, ob man eine zueinander argwöhnerische Gemeinschaft finden kann, als die bei der United States Steel Corporation Beschäftigten. Sie misstrauen einander, ihren Nachbarn und ihren Freunden. Man hat mich wiederholt als einen Spion des Verbandes verdächtigt, der beauftragt war, die Leute auszuhorchen über ihre Haltung zum Syndikat und zur Gewerkschaft.“

Aber nicht nur im Werke selbst, sondern auch innerhalb der Gewerkschaft wurden Spione gehalten. Und man glaube nicht, daß diese Methoden der Vergangenheit angehörten. Es ist in dem Buche Gulicks nachgewiesen, daß bis in die letzten Jahre hinein ein organisiertes Spitzelsystem fortbesteht und

daß zwischen den Werken ein Austausch der von den Spitzelagenturen berichteten Angaben vorgenommen wird. So sagte anlässlich einer Untersuchung vor dem amerikanischen Senat einer der Leiter des Stahlwerksverbandes aus, daß er keine Einzelheiten angeben könne, daß er aber sicher sei, daß angeschlossene Werke zuweilen sich des Geheimdienstes zur Ermittlung bestimmter Tatsachen bedienen.

Aber die Aufgabe des Spitzels ist nicht nur, seine Arbeitskameraden zu überwachen und auszuhorchen, sondern er wird in einer besonderen Weise als Streikbrecher verwandt. Nicht dadurch, daß er die Arbeit des Streikenden verrichtet, nein, man geht viel raffinierter und gemeiner zu Werke: Er muß Uneinigkeit unter die Streikenden säen und Gefühle des Zweifels am Gelingen des Kampfes erwecken. Als besonders typisch sei darum hier eine Stelle aus dem Briefe erwähnt, den die Spitzelagentur „Sherman Service“ an einen ihrer Operateure während des Streiks im Jahre 1919 gerichtet hat:

„Wir verlangen, daß Sie soviel als möglich Feindschaft zwischen Serben und Italienern wecken. Verbreiten Sie unter den Serben das Gerücht, daß die Italiener die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Bringen Sie jede nur mögliche Frage zur Debatte, die den Rassenhaß zwischen diesen beiden Nationen belebt. Machen Sie ihnen begreiflich, daß weit bessere Resultate erreicht werden könnten, wenn sie zur Arbeit zurückkehren. Veranlassen Sie sie, zur Arbeit zurückzukehren, da andernfalls die Italiener ihren Arbeitsplatz wegnehmen.“

Die Tätigkeit gerade dieser genannten Agentur artete dermaßen aus, daß die Gewerkschaften einen energischen Kampf gegen sie aufnahmen und eine Menge schwer belastenden Materials an die Öffentlichkeit brachten, so daß sie schließlich gegen deren Leiter die Einleitung eines Verfahrens wegen Verleitung zu Aufruhr und Mord veranlaßten. Zwar wurde das Verfahren schließlich niedergeschlagen, daß aber die Anklagen nicht unbegründet waren, geht daraus hervor, daß eine später eingesetzte staatliche Kommission empfahl, die genannte Gesellschaft „wegen ihrer endlosen Verbrechen“ unter besondere Kontrolle zu stellen oder sie ganz aufzulösen.

Während des Streiks vom Jahre 1919 wurden ganz allgemein Streikbrecher von den Konzern- wie von den freien Werken engagiert. In dem Bericht wird zugegeben, daß der Stahltrust 30- bis 40 000 Neger als Streikbrecher engagiert und in die verschiedenen Werke verschifft hat und es wird als einer der Hauptgründe für das Mißlingen des Streiks die erfolgreiche Vermittlung von Streikbrechern angegeben. Zum Teil wurden die Neger heimlich in der Nacht hineingeschmuggelt, teilweise sogar provokatorisch durch die Straßen geführt.

Nun bestreiten zwar die Direktoren des Stahlwerksverbandes und haben dies auch vor einer Senatskommission getan, daß sie die Leute nur deswegen entlassen, weil sie gewerkschaftlich organisiert seien. Geschähe dies in einzelnen Fällen dennoch, so im Widerspruch mit den Instruktionen. Wie aber verträgt sich diese Aussage mit einem Beschluß der Direktion, daß „sich der Verband unnachsichtig jeder Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisation widersetzt“? So wird denn auch von einem Zeugen vor derselben Senatskommission ausgesagt, daß er plötzlich entlassen wurde, einen Zettel zur Erhebung seines Lohnes bekam und darauf den Vermerk fand: „Agitator der Gewerkschaft.“



## Zum Streik in England

Steiger G. Werner (Berlin)

Der englische Streik ist ein Glied einer Kette von Vorgängen im englischen und deutschen Bergbau, deren Verflochtenheit den Lesern dieser Zeitschrift dargelegt werden soll.

Der jetzige Kampf im englischen Bergbau ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einmal ist es die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in der Kohlenwirtschaft aller Länder, ein Vorgang, der alle Länder gleichmäßig berührt und der auch nur den Untergrund der Handlung abgibt. Diese wirtschaftlichen Zudungen verschärfen zwar die zweite Ursache, sie machen jedoch die Schärfe des englischen Konfliktes nicht verständlich. Diese erstere Ursache sowie die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten, die als schärfste Konkurrenz in Erscheinung treten, werden in diesem Artikel als bekannt vorausgesetzt und nicht besprochen.

Die zweite Ursache, die Störung des Gleichgewichts in den Produktionsverhältnissen der beiden Länder, ist das für das Verständnis des Streiks, seiner Ursachen und Auswirkungen Entscheidende. Zum besseren Verständnis dessen, was ich unter Gleichgewicht verstehe, sei etwas Allgemeingültiges vorausgeschickt: Im Bergbau ist unter normalen Verhältnissen die Höhe des Förderanteils pro Mann und Schicht für die Höhe der Löhne und für den Kohlenpreis entscheidend. Allein 60 bis 70 Prozent der Selbstkosten entfallen auf die Lohnkosten. Folgendes Beispiel zeigt die Auswirkungen des Förderanteils auf die Lohnkosten: Der Kohlenpreis soll 15 Mk. pro Tonne betragen. Im amerikanischen Bergbau entfallen auf den Arbeiter zirka 3 Tonnen Förderanteil pro Schicht. Er kann also zirka zwei Drittel des Verkaufspreises von 3 Tonnen, das sind 45 Mk., also 30 Mk. pro Schicht erhalten. Im niederschlesischen Bergbau ist der Förderanteil zirka eine halbe Tonne pro Schicht. Dort kann der Arbeiter zwei Drittel vom Verkaufspreis der halben Tonne, das sind 7,50 Mk., also 5 Mk. pro Schicht erhalten. Auf Grund dieser Abhängigkeit der Selbstkosten, Löhne und Preise von der Höhe des Förderanteils pro Mann und Schicht wird unter Fachleuten beim Vergleich der verschiedenen Reviere nur von dem Förderanteil gesprochen, dessen Verschiedenheit dann mit den Unterschieden in geologischer Hinsicht, in der Betriebsorganisation, in der Arbeiterschaft usw. begründet werden. Vor dem Kriege hatte sich zwischen England und dem Ruhrrevier eine ganz feste Relation in Preisen und Löhnen herausgebildet, die vom Fachmann einfach durch die Verschiedenheit in der Höhe des Förderanteiles pro Mann und Schicht durch eine sogenannte Faustregel ausgedrückt wurde. Dieses Verhältnis war wie 10:9. Der englische Förderanteil schwankte im Laufe der Jahre vor dem Kriege zwischen 0,95 bis 1,05 Tonnen, im Ruhrrevier von 0,8 bis 0,88 Tonnen. Mit dem Kriegsende trat im Bergbau beider Länder eine Verkürzung der Arbeitszeit ein. Gleichzeitig aber verschob sich das vor dem Kriege jahrelang bestehende gegenseitige Verhältnis in der Höhe des Förderanteils. Aus 10:9 wurde 10:6, das heißt bei uns ging der Förderanteil viel mehr zurück wie in England. Infolge der Gleichzeitigkeit von Arbeitszeitverkürzung und Leistungsrückgang machte man bei uns die Verkürzung der Arbeitszeit für das Sinken des Förderanteils verantwortlich, trotzdem man in England ebenfalls die Arbeitszeit verkürzt hatte. Die Ursache des an sich viel stärkeren Sinkens des Förderanteils in Deutschland war unsere jahrelange Unterernährung während und nach dem Kriege, zum andern aber die Inflation. Die Inflation hat es auch verhindert, daß man die bei uns durch die Verschiebung im Förderanteil bedingte Senkung der Löhne als besonders auf dieser Ursache beruhend allgemein erkannte. In den maßgebenden Kreisen sah man jedoch die Wahrheit. Man wußte, daß im Augenblick der Stabilisierung der Währung dieser Rückgang im Förderanteil zu einer Katastrophe führen würde. Alle maßgebenden Stellen haben daher ihr möglichstes getan, um den Förderanteil wieder zu heben. So sind zum Beispiel auf einen von mir im Reichskohlenrat gestellten Antrag hin vier Gutachten für vier verschiedene Reviere gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Ursache des Rückganges des Förderanteils ausgearbeitet worden. Die Folge dieser Bestrebungen auf Wiederherstellung der früheren Relation mit England war die Nationalisierung unseres Bergbaues. Sie wurde durch

die allgemeine Krise immer wieder dringend gemacht, so daß mit der Stabilisierung unserer Währung ein Steigen des Förderanteils ruckweise erfolgte. Zum Beginne des Jahres 1925 hatten wir nicht nur das frühere Verhältnis von 9:10 gegenüber England wieder erreicht, sondern es war sogar eine Verschiebung zu unseren Gunsten eingetreten. Wir waren in diesem Augenblick eine schärfere Konkurrenz für England wie vor dem Kriege. Dazu folgende Gegenüberstellung in Zahlen:

Jahr und Monat	Kohlenpreis		Förderanteil pro Tonne		Verdienst pro Schicht		Lohnanteil			
	E*	D	E	D	E	D	pro Tonne		in % d. Fr.	
							E	D	E	D
1913 . . . . .	11,—	12,—	1000	930	6,30	5,60	6,30	6,02	57	50
1924 Januar . . . . .	18,94	20,60	904	815	10,25	5,15	11,34	6,32	60	31
Juli . . . . .	15,08	16,50	880	854	10,82	6,22	12,29	7,28	81	44
1925 Januar . . . . .	15,33	15,—	913	901	10,60	6,60	11,61	7,25	76	48
Juli . . . . .	15,04	15,—	908	944	10,38	6,92	11,48	7,44	76	50
Oktober . . . . .	13,52	14,92	930	999	10,42	6,98	11,24	7,05	82	47
1926 Februar . . . . .	14,—	14,92	—	1068	—	7,39	—	6,98	—	47

Dazu kam nun noch der Druck der allgemeinen Kohlenkrise, so daß die Verhältnisse im englischen Bergbau mit Naturnotwendigkeit auf eine Lösung drängten. Anfang 1925 erkannte man in England sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern die Situation in ihrer vollen Schärfe. Die Arbeiter wiesen jetzt mit aller Entschiedenheit auf das vollständige Versagen der Unternehmer hin, die noch gar keine Anstalten getroffen hatten, in ähnlich systematischer Weise wie in Deutschland zu rationalisieren. Sie verlangten, um die notwendige Rationalisierung durchführen zu können, die Rationalisierung des Bergbaues. Die Unternehmer dagegen forderten, ähnlich wie es die Unternehmer allgemein in solchen Situationen tun, eine Verkürzung der Löhne und eine Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Forderung der Unternehmer auf eine Änderung des Lohnabkommens hatte jedoch noch einen anderen Grund. Das englische Lohnabkommen sieht nämlich vor, daß von den Überschüssen im Bergbau, die von gemeinsamen Rechnungsprüfern festgestellt werden, die Arbeiter 88, die Unternehmer 12 Prozent erhalten. Die Unternehmer sagten sich nun, sobald wir große Beträge im Bergbau investieren und ihn damit rationalisieren, erhalten die Arbeiter 88 Prozent und wir 12 Prozent des dann erzielten Gewinnes. Das aber lohnt die Kapitalsanlage nicht. Sie waren daher fest entschlossen, einen Kampf zwecks Aufhebung dieses Abkommens zu führen, denn nur unter der Voraussetzung einer Aufhebung dieser Gewinnverteilung wollten sie die Rationalisierung in Angriff nehmen. Aber ebenso entschlossen waren die Bergarbeiter, sich gegen jede Kürzung ihres Lebensstandards zu wehren. Im Juli 1925 erklärte sich in zwölfter Stunde die Regierung bereit, den Unternehmern durch Zuschüsse die Weiterzahlung der Löhne zu ermöglichen. Der Staat setzte hierdurch die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung außer Kraft, er begann, ihr Fundament zu lockern. Über diese Subventionen, die in den neun Monaten zirka 440 Millionen Mark betragen haben, ist in dieser Zeitschrift verschiedentlich berichtet worden. Aber diese Subventionen haben die Lage noch weiter verschärft. Sie haben einmal die Bergwerksunternehmer nicht veranlaßt, ihren Widerstand gegen eine Rationalisierung auf-

\* Für England sind keine Monats-, sondern nur Quartalszahlen verfügbar.

zugeben, zweitens sind schlechte Gruben wieder in Betrieb genommen worden, die durch die Subvention wieder rentabel wurden, wodurch der Förderanteil pro Mann und Schicht weiter gesenkt wurde. Die rein betriebliche Situation des Bergbaues hat sich also während der neun Monate noch mehr zugunsten Deutschlands und zu ungunsten Englands geändert. Der englische Bergbau hat zwar von dieser Verschiebung keinen Schaden gehabt, weil ihm der englische Staat zirka 440 Millionen Mark Unterstützung gezahlt hat. Dieses Geschenk hat es dem englischen Bergbau ermöglicht, nicht nur die Nachteile seiner Rückständigkeit gegenüber Deutschland auszugleichen, sondern darüber hinaus Deutschland verschärfte Konkurrenz zu machen. Eine weitere für uns in absehbarer Zeit sehr unangenehm werdende Wirkung ist die, daß wir die Rationalisierung überspannt und den Förderanteil pro Mann und Schicht auf Kosten des Volksvermögens (es werden nur noch die besten Flöze abgebaut) und der Arbeitergesundheit (es wird nicht mehr gearbeitet, sondern geschuftet, außerdem aber werden die Sicherheitsvorkehrungen wie Reparaturen usw. zurückgelassen) zu hoch getrieben haben. Es ist daher in absehbarer Zeit mit dem sicheren Rückgang des Förderanteils und anderen wenig angenehmen Nachwirkungen zu rechnen. Doch das ist ein Kapitel für sich. Am 1. Mai 1925 war nun die Lage im englischen Bergbau, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsweise aus gesehen, genau die gleiche wie neun Monate vorher. Die normale Konkurrenz mit Deutschland, anders ausgedrückt, der Abbau der Subvention war nur durch eine Verkürzung der Löhne möglich oder aber man mußte sich damit abfinden, daß nur noch die rentablen Gruben in Betrieb gehalten wurden, was die Arbeitslosigkeit von mehr als 100 000 Bergarbeitern bedingte.

In den Monaten vor dem 1. Mai hat man die Frage der Subventionszahlung in allen Kreisen und von den verschiedensten Gesichtspunkten aus untersucht, um einen Ausweg zu finden. Der feste Punkt, von dem die Erörterungen ausgingen und der die richtige Antwort bringen sollte, war die Kohlenkommission, die von der Regierung eigens zu dem Zwecke eingesetzt worden war, die Verhältnisse im Bergbau zu prüfen und Vorschläge zu machen, wie der Abbau der Subvention ermöglicht werden könne. Die Kommission hat denn auch einen der Wahrheit nahekommenen Bericht erstattet. Sie hält eine Rationalisierung des englischen Bergbaus und eine bedeutende Erhöhung des Förderanteils für möglich. Aber hierzu gehört Zeit. Der Abbau der Subvention, der ihrer Meinung nach unbedingt notwendig sei, könne daher sofort nur dann erfolgen, wenn die Löhne der Bergarbeiter im Durchschnitt um zirka 10 Prozent gesenkt würden. Bemerkenswert ist ferner die entschiedene Ablehnung einer Verlängerung der Arbeitszeit. Dieser Kommissionsbericht und die vielen Auseinandersetzungen in allen beteiligten Kreisen haben eine klare und gefühlsmäßig auch richtige Einsicht in die Ursachen der Kohlenkrise geschaffen.

Eine Weiterzahlung der Subvention über die vorgesehenen neun Monate hinaus begegnet in England sehr starken Widerständen. Dabei sahen die der Regierung nahestehenden bürgerlichen Kreise, wie sich die Subvention zu einer immer stärker werdenden Propaganda für sozialistische oder, richtiger gesagt, gemeinwirtschaftliche Gedankengänge auswuchs. Das englische Volk erkannte gefühlsmäßig, daß die Art der gegenwärtigen Betriebsform des Bergbaues die Rationalisierung unmöglich mache. In dem Gedankengange: Wegfall der Subvention — Rationalisierung des Bergbaues, klappte eine Lücke, die man durch das Suchen nach einer besseren Betriebsform auszufüllen versuchte. Und der Erfolg dieses Suchens war ein Vertrautwerden mit **gemeinwirtschaftlichen** Gedankengängen. Vom Eingreifen des Staates in den Bergbaubetrieb erwartete man die Lösung. In dieser Änderung der Zielrichtung des bisherigen wirtschaftlichen Denkens der real und nüchtern ur-

teilenden großen Masse des englischen Volkes erblickten die führenden kapitalistischen Kreise eine große Gefahr, weshalb sie die Ursache dieser Sinnesänderung, die Zahlung der Subvention, unbedingt beseitigen wollten.

Die Subvention muß fallen. Darüber waren sich ziemlich alle Kreise in England klar. Strittig war nur die Frage, wie dieser Wegfall vor sich gehen soll. Die von den Arbeitgebern und der Kommission vorgeschlagene Lösung, durch eine erhebliche Senkung der Löhne den Wegfall der Subvention zu ermöglichen, wurde von den Bergarbeitern als untragbar abgelehnt, eine Ablehnung, die die große Masse des englischen Volkes billigte. Die englischen Gewerkschaften sahen außerdem in einer Senkung der Lebenshaltung der Bergarbeiter einen Angriff auf die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft, weshalb sie den Bergarbeitern versprachen, die angedrohte Lohnkürzung mit abzuwehren. Dieses Versprechen gaben sie, weil sie weiter wußten, daß dieser Konflikt von der allergrößten Bedeutung für die zukünftige Stellung der Arbeiter im Wirtschaftsprozeß sei. So kam der Tag immer näher, an dem die Zahlung der Subvention zu Ende gehen sollte. Jedoch die Haltung der Beteiligten blieb die gleiche und auch die Regierung fand keine Verständigungsformel. Mitte April schlugen die Arbeitgeber auf den Gruben die Mitteilung an, daß das bisherige Lohnabkommen mit dem 30. April zu Ende sei und daß man versuche, ein neues zustande zu bringen. So kam der 1. Mai und mit ihm der Streit, an dem sich die Metall-, Transport-, Eisenbahn-, Bauarbeiter und Buchdrucker beteiligten, insgesamt zirka  $3\frac{1}{2}$  bis 4 Millionen Arbeiter.

Ernsthafte Versuche der Regierung, den Ausbruch des Streiks zu verhindern, sind anscheinend nicht gemacht worden. Wahrscheinlich hielt sie eine Verständigung ohne eine Entladung der Spannung und einer Feststellung, welche Kräfte auf beiden Seiten tätig sind, für aussichtslos. Beim Schreiben dieser Zeilen läßt sich über die Einzelheiten einer Verständigung noch nichts sagen. Im Zusammenhang mit diesem Artikel interessiert ja auch nur die Frage, inwieweit eine Verständigung das Ringen der beiden Länder, wieder zu dem vor dem Kriege üblichen Gleichgewicht in den Produktionsverhältnissen des Bergbaues zu kommen, beeinflussen wird. Zu einer solchen Betrachtung ist später noch Zeit.

## Der Ruhrkohlenbergbau im Jahre 1925

Steiger Halbfell (Buer)

Hoffnungsvoll begann das Jahr 1925 für den Ruhrkohlenbergbau mit einer Förderziffer im Januar, die über derjenigen des monatlichen Durchschnitts von 1913 lag. Auch die Zahl der angelegten Arbeiter war, trotzdem sie gegenüber dem Höchststand von 1922 schon um 100 000 Mann zurückgegangen war, noch um 50 000 Mann höher als 1913. Zu Anfang des Jahres war das mittlerweile zum Schlagwort gewordene Wort „Rationalisierung“ noch nicht gleichbedeutend mit Betriebsstillegung und Arbeiterabbau. Der englische Bergbau hatte noch keine Subventionen eingeführt, die in der Folgezeit verhängnisvolle Auswirkungen für den Ruhrbergbau haben sollten.

Die Entwicklung von Förderung und Belegschaftsziffer geht aus nachfolgender Tabelle hervor, die dem „Glückauf“ entnommen ist, wobei besonders darauf hingewiesen wird, daß mit der Aufführung dieser Zahlen diese nicht ohne weiteres als richtig anerkannt werden. Die Statistik des Bergbaus enthält nämlich, genau so wie die der anderen Wirtschaftszweige, Ungenauigkeiten, die das Ergebnis je nach der Betrachtungsweise ändern können.

Monat	Monatsförderung	Koks- erzeugung	Brikett- herstellung	Angelegte Arbeiter Ende des Monats	Feier- schichten	Beamte	
						tausend Tonnen	technische
1913 . . .	9546	2080	418	420306	—	19205	4811
1924 . . .	7838	1726	232	467107	—	19898	6968
1925 Januar	9560	2020	318	472605	182674	19159	8381
Februar . .	8897	1907	299	472181	666950	19163	8351
März . . .	9047	2118	319	467993	614221	19154	8351
April . . .	8300	1987	276	460185	375926	19186	8331
Mai . . . .	8404	2006	260	449805	354880	19214	8306
Juni . . . .	7882	1819	249	436493	351477	19148	8267
Juli . . . .	8811	1819	291	423440	443886	18851	8126
August . . .	8591	1775	294	408233	278850	18557	8047
September .	8733	1722	296	408047	216365	18262	7915
Oktober . .	9170	1797	305	401815	236254	17137	7868
November .	8533	1719	310	400490	169230	16930	7332
Dezember .	8678	1883	328	396008	114807	16822	7288

Aus der Zahlentafel geht hervor, daß die Förderung im ganzen Jahr 1925 um rund 10 Millionen Tonnen oder 9 Prozent gegenüber 1913 zurückblieb, während sie die des Jahres 1924 um 10 Millionen Tonnen oder 10 Prozent übersteigt. Die Zahl der angelegten Arbeiter sank im Laufe des Jahres um 76 600 oder um 16 Prozent. Der Monat Dezember 1925 weist aber gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1913 nur einen Rückgang von 24 300 Mann oder 6 Prozent auf. Der größeren Zahl von Feierschichten im Jahre 1925 stehen im Jahre 1913 Übersichten gegenüber, womit zu erklären ist, daß, trotzdem die Förderung gegenüber 1913 mehr fiel als die Arbeiterzahl, 1925 ein höherer Förderanteil je Mann und Schicht erzielt wurde, wie weiter unten noch nachgewiesen wird. Einer bemerkenswerten Verringerung der Zahl der technischen Angestellten steht eine Vermehrung der Zahl der kaufmännischen Angestellten gegenüber. Interessant wäre es, dem Arbeiter- und Angestelltenabbau die Direktoreninflation gegenüberzustellen, die eigentümlicherweise auf vielen Werken von der „Rationalisierung“ nicht erfaßt wurde. Zahlen werden hierüber leider nicht veröffentlicht.

Besonders kennzeichnend waren für das Jahr 1925 die **Beckenstilllegungen**, welche einen nie gekannten Umfang annahmen. Völlig stillgelegt wurden in diesem Jahre 27 Becken mit einer Belegschaftszahl von rund 40 000 Mann. Daneben liefen noch die durch die zahlreichen Betriebseinschränkungen und Einzelentlassungen ausscheidenden Bergarbeiter, die auf rund 100 000 Mann veranschlagt werden können. Einzelne der stillgelegten Becken nahmen ihren Betrieb mehr oder weniger wieder auf und eine große Zahl der abgebauten Arbeiter wurde auf anderen Anlagen wieder eingestellt. Die Arbeitslosigkeit

nahm daher nicht den Umfang an, den sie nach dem Augenschein hätte annehmen müssen. Daß trotzdem die Arbeitslosigkeit die augenblicklichen erschreckenden Formen angenommen hat, liegt nicht am Bergbau allein, sondern auch daran, daß die gesamte Wirtschaft, statt ihre Betriebe zu rationalisieren, Arbeiter entläßt und damit die Kaufkraft des inneren Marktes laufend weiter zerstört, denn **Arbeiterabbau allein bedeutet keine Rationalisierung, bedeutet keinen Aufbau, sondern Zerstörung.**

Die Abbaubewegung mit ihren traurigen Begleiterscheinungen wurde gefördert durch die schlechte wirtschaftliche Lage mancher Werke. Die Preise zeigten, besonders unter der Auswirkung der englischen Subventionen, stark fallende Tendenz, ohne daß die Gestehungskosten in ihrer Gesamtheit wesentlich zurückgegangen wären. Lediglich die Arbeitskosten gingen infolge des gesteigerten Förderanteils zurück, wie aus folgender Tabelle errechnet werden kann.

Monat	Förderanteil je Mann und Schicht in Kilo			Leistungs- und Soziallohn der Gesamtbelegschaft (in Mark)	
	Kohlen- und Gesteinshauer	Untertage- arbeiter	Bergmännische Belegschaft	ohne Nebenbetriebe	mit
1913 . . . . .	1845	1131	934	—	—
1925 Januar . . . . .	2027	1119	901	6,60	6,56
Februar . . . . .	2040	1122	901	6,63	6,59
März . . . . .	2036	1126	902	6,66	6,60
April . . . . .	2026	1120	895	6,68	6,62
Mai . . . . .	2052	1189	908	6,87	6,80
Juni . . . . .	2064	1156	922	6,90	6,84
Juli . . . . .	2097	1179	944	6,92	6,86
August . . . . .	2133	1211	971	6,95	6,89
September . . . . .	2158	1230	999	6,97	6,91
Oktober . . . . .	2165	1236	1000	6,98	6,92
November . . . . .	2208	1264	1020	7,32	7,27
Dezember . . . . .	2219	1276	1031	7,31	7,27

Die englischen Subventionen ermöglichten das erneute Vordringen englischer Kohle bis nach Süddeutschland und drückten den Erlös der Gruben zum Beispiel für Feinkohlen in Norddeutschland auf 6 bis 8 Mk. je Tonne. Trotz dieser für den englischen Bergbau scheinbar günstigen Wirkung der Subventionen muß vor solchen Wegen in Deutschland dringend gewarnt werden, da die Wirkungen auf die Dauer, wie das Beispiel „England“ zeigt, sich gegen die eigene Wirtschaft und damit auch gegen den subventionierten Wirtschaftszweig richten. Diese Art der Subvention hat daneben für den subventionierten Wirtschaftszweig ähnliche Wirkungen wie Hochschutzzölle und Ausführprämien für den geschützten bzw. prämierten Wirtschaftszweig und sind darum von uns aufs schärfste zu bekämpfen.

Der Absatz hielt mit der Förderung nicht immer voll Schritt, so daß die Lagerbestände anwuchsen. Auf den Zechen und Syndikatslagern lagerten 1925 folgende Mengen:

Monat	Zechenlager in 1000 Tonnen			Syndikatslager in 1000 Tonnen			Alle Mengen in Kohle umgerechnet
	Kohlen	Roßs	Britetts	Kohlen	Roßs	Britetts	
Januar . . . . .	2832	2003	140	1360	3	179	7064
November . . . . .	2604	3104	47	1684	2	674	8938

Diese Lagerbestände bedeuten natürlich für den Ruhrbergbau eine große Belastung, denn abgesehen davon, daß sich der Wert der Brennstoffe, der buchmäßig 140 bis 150 Millionen Mark betragen mag, dauernd vermindert, verschlingt der Zinsendienst bei den heute üblichen Zinssätzen erhebliche Summen, die im Jahresdurchschnitt je Tonne Absatz etwa 20 Pf. betragen dürften.

Von den Gründen, die zu der Krise im Ruhrbergbau führten, ist nach wie vor die gesteigerte Förderung der billigen Braunkohle der ausschlaggebende. Das geht auch daraus hervor, daß trotz der verringerten Absatzmöglichkeit für Steinkohle die Braunkohle ihre erhöhte Förderung absetzen konnte. Die Krise, die auch im Jahre 1926 sich noch verschärfte, läßt jedoch an einigen Stellen Besserungserscheinungen erkennen. So ersehen wir im Dezember 1925 trotz der viel höheren Zahl von Arbeiterentlassungen wider Erwarten nur eine Verringerung der Belegschaften um 4500 Mann, ein Beweis dafür, daß zahlreiche Zechen dazu übergehen mußten, wieder Arbeiter anzulegen, wenn nicht der Absatz in außergewöhnlicher Weise weiter zurückgegangen wäre. Der derzeitige Förderanteil je Mann und Schicht ist nämlich durch künstliche Maßnahmen übersteigert. Eine Zeche nach der andern wird ihn nicht halten können und dann entweder einen Rückgang der Förderung oder aber Arbeitereinstellungen in Kauf nehmen müssen. Die jetzige Arbeiterzahl scheint schon zu gering zu sein, um die absetzbare Kohle bei einem normalen Förderanteil dauernd fördern zu können. Werden weiter die von uns vorgeschlagenen Notstandsarbeiten endlich in Angriff genommen, so könnte wohl eine langsame Besserung auch im Ruhrbergbau eintreten.

## Krise und Handelsbilanz

### Der Wechsel von Passivität und Aktivität

F. Petrich (Gera)

Das allgemeine und charakteristische Kennzeichen der deutschen Handelsbilanz in den Jahren nach der Stabilisierung ist ihre sprunghafte Veränderlichkeit. Diese Erscheinung läßt sich mit ziemlicher Genauigkeit aus der jeweiligen Lage der deutschen Wirtschaft erklären. So wie die Wirtschaft in der Richtung ihrer Gesamttendenz wechselt, so verändert sich auch das innere Verhältnis der Handelsbilanz, das heißt Einfuhr und Ausfuhr sind einem fortgesetzten Auf und Ab unterworfen. Das ist selbstverständlich in dem Maße, wie wir es für Deutschland zu verzeichnen haben, nur denkbar von einer Wirtschaft, die in ihrer Struktur, ihren Bedürfnissen, ihrer Entwicklungsrichtung völlig unbeständig, also krisenhaft ist.

Während der Jahre 1924 und 1925, den ersten Jahren nach der Stabilisierung, die zuerst wieder eine leidlich geordnete Rechnungslegung und Statistik zuließen, ist die deutsche Handelsbilanz in außerordentlich hohem Umfange passiv gewesen. Eine Ausnahme bildeten im Jahre 1924 nur die Monate Juli und August, die einen Einfuhrüberschuß von 22 bezw. 142 Millionen aufweisen. Der Einfuhrüberschuß im Dezember 1925, der aus nachfolgender Übersicht ersichtlich ist, leitet einen bedeutenden Tendenzwechsel ein.

## Übersicht über die Jahre 1924 und 1925

Zeit	Gesamtaußenhandel in 1000 Mark			Zeit	Gesamtaußenhandel in 1000 Mark		
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- bezw. Aus- fuhr-(+) Überschuß		Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- bezw. Aus- fuhr-(+) Überschuß
1913* . . .	933 840	849 884	88 956	—	—	—	
<b>1924</b>				<b>1925</b>			
Januar . . .	564 885	432 187	132 748	Januar . . .	1 365 280	697 445	667 835
Februar . . .	729 602	467 360	262 242	Februar . . .	1 121 588	631 417	490 166
März . . .	692 690	457 722	234 968	März . . .	1 104 846	711 170	393 676
April . . .	803 345	483 895	319 450	April . . .	1 079 926	672 159	407 767
Mai . . .	887 669	517 936	369 733	Mai . . .	1 083 157	732 065	351 092
Juni . . .	753 152	476 961	276 191	Juni . . .	1 064 007	687 612	376 395
Juli . . .	551 444	574 242	+ 22 798	Juli . . .	1 179 438	746 484	432 954
August . . .	448 224	590 244	+ 142 020	August . . .	1 272 427	727 466	544 961
September . . .	623 422	564 839	58 583	September . . .	1 089 062	780 182	308 880
Oktober . . .	855 605	613 244	242 361	Oktober . . .	1 118 943	850 331	268 612
November . . .	1 047 700	644 659	403 041	November . . .	893 236	796 221	97 015
Dezember . . .	1 308 682	741 870	566 812	Dezember . . .	764 674	798 346	+ 33 672

## Wertbilanz in Millionen Mark 1924 und 1925

	1. Lebende Tiere	2. Lebens- mittel und Getränke	3. Rohstoffe u. halbfert. Waren	4. Fertige Waren	5. Gold und Silber	Zusammen
<b>Einfuhr</b>						
Ganzes Jahr 1924 . . .	92,5	2676,9	4584,4	1781,2	181,8	9316,8
" " 1925 . . .	122,0	4034,9	6287,7	2005,0	718,1	13167,7
<b>Ausfuhr</b>						
Ganzes Jahr 1924 . . .	13,7	419,1	907,2	5191,4	35,4	6566,8
" " 1925 . . .	15,2	509,8	1641,1	6625,9	39,9	8831,9

**Passivsaldo 1924 . . . . . 2750,0 Millionen Mark**  
**1925 . . . . . 4335,1**

Aus der vorstehenden Übersicht geht hervor, daß 1924 der Einfuhrüberschuß 2750 und 1925 4335,1 Millionen Mark beträgt. Im Dezember 1925 stellte sich der Umschwung mit einem Ausfuhrüberschuß von 33 Millionen Mark ein, der sich im Januar auf 87, im Februar auf 121 und im März auf 278 Millionen Mark steigerte, um im April wieder auf 56 Millionen Mark zurückzugehen; auch in der auffallenden Veränderung von März auf April kommt die außerordentliche Sprunghaftigkeit der Handelsbilanz zum Ausdruck.

## Übersicht über die ersten vier Monate 1926:

Monat	Gegenwärtswerte in Millionen Mark			
	Einfuhr	Ausfuhr	Passivität (-)	Aktivität (+)
Januar 1926 . . . . .	707	794	+ 87	
Februar . . . . .	662	783	+ 121	
März . . . . .	645	923	+ 278	
April . . . . .	723	779	+ 56	

**Aktivsaldo Januar-Februar-März-April 1926: 542 Millionen Mark.**

\* Monatsdurchschnitte; altes Reichsgebiet.



Betrachtet man nach dieser Zusammenstellung des wichtigsten Materials die Entwicklung der Handelsbilanz seit 1924 insgesamt, so ist zunächst zweierlei festzustellen: Erstens die ungewöhnliche Veränderlichkeit der Einfuhr, die im Januar 1925 mit mehr als 1365 Millionen Mark ihren höchsten Stand erreicht, dem Tiefpunkte gegenüberstehen wie der Januar, Juli, August, September 1924 und der März 1926. Zweitens die ständig steigende Ausfuhrziffer, die in den  $1\frac{1}{4}$  Jahren seit 1924 mit gewissen Abweichungen festzustellen ist; in dieser Tatsache kann man wohl eine Bestätigung dafür finden, daß die deutsche Wirtschaft, wenn auch in sehr bescheidenem Maße, einen Erstarungsprozeß durchmacht.

Zunächst wird es notwendig sein, nach den konkreten Ursachen dieser beiden höchst interessanten Erscheinungen zu fragen, da sie nicht nur an sich lebhaft umstritten sind, sondern auch der Grad ihrer Auswirkung ist Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen. Bleiben wir zunächst bei der Einfuhrseite der Handelsbilanz. Ihre sporadische Gestaltung, das jähe Auf und Nieder, kann nicht aus einer Ursache erklärt werden, vielmehr kommt eine Ursachenreihe in Frage. Die hohe Einfuhr 1924/25 ist ein äußerst ernstes wirtschaftliches Problem, das seinen Ausgangspunkt in dem Erbe hat, das die zerrüttende Inflationszeit hinterließ: Fehlbetrag an Rohstoffen, der wieder ausgeglichen werden mußte. 1924 setzt sich diese Notwendigkeit erst langsam und zögernd durch; in der Mitte des Jahres tritt sogar ein sichtlicher Rückgang ein, wofür der Grund hauptsächlich in dem stockenden ausländischen Kredit zu suchen ist. Die Mobilisierung des Auslandskredits in Verbindung mit dem relativ guten Beschäftigungsgrad der Industrie führt zu einer starken Belebung der Einfuhr, die noch forciert wird durch die im Anzuge befindlichen Einfuhrzölle auf industrielle Rohstoffe: Jeder will noch billig einführen, und auf diese beiden Momente, die ausländische Kreditflüssigkeit und die nahenden Zölle, ist die vom November 1924 bis Oktober 1925, dem Termin des Inkrafttretens einer Reihe von Industriezöllen, reichende ungewöhnliche Steigerung der Einfuhr zurückzuführen. Ein Blick auf die Spezialwarengruppen der Einfuhrseite bestätigt diese Tatsache. Mit andern Worten: die ausgiebigste Ausnutzung der Auslandskredite und die Flucht vor den Zöllen trieb das Passivsaldo der Handelsbilanz zwangsläufig in die Höhe.

In dem Abschnitt November/Dezember 1925 tritt die Wendung ein, die bis zur Stunde anhält: Aktivität der Handelsbilanz. Die Beurteilung, die nun sowohl die Passivität wie die Aktivität der deutschen Handelsbilanz erfährt, ist die denkbar widerspruchsvollste. Die beträchtliche zweijährige Passivität wurde von bestimmter Seite immer als ein Zeichen schwerer Krise hingestellt und der Dawespakt sollte schuld an diesem Zustande sein. Deshalb ist es auch nicht weiter verwunderlich, wenn nun die aktive Handelsbilanz mit Jubel und Freude als ein sicheres Zeichen wirtschaftlicher Konsolidierung begrüßt wird. Das war selbstverständlich ein vollkommener Trugschluß, der nur möglich ist infolge falscher Beurteilung der Ursachen und des Wesens der Passivität und der Aktivität der Handelsbilanz. Der unangebrachte Jubel hat sich indessen auch gelegt, da es nun doch zu dämmern beginnt, daß die „Aktivität“ des Außenhandels an den rund 2 Millionen Erwerbslosen und 3 Millionen Kurzarbeitern nichts ändert. Im Gegenteil: die erhöhte Ausfuhr bei gleichzeitiger starker Einfuhrverminderung ist ein

typisches Krisenzeichen: Bei verminderter Produktion wird die Einfuhr gedrosselt, die Industrie zehrt von den vorhandenen Rohstoffvorräten, die 1925 hereingebracht worden sind. Und trotzdem anhaltende bedeutende Einfuhrsteigerung? Jamohl! Auch dieser Vorgang ist leicht erklärlich und er bestätigt unsere alte Behauptung, daß die Industrie in der Stabilisierungszeit zum Zweck der Preishochhaltung planmäßig auf Lager gearbeitet hat. Diese Vorräte stehen jetzt zum großen Teil für den Export zur Verfügung und es ist sehr wohl möglich, daß sie noch zur „Aktivierung“ der Handelsbilanz für einige Monate hinreichen. Dann aber dürfte mit einer neuen Wendung zu rechnen sein, die sich durch beträchtliche Ausfuhrverminderung im April bereits ankündigt.

Eine kurze Prüfung des Ablaufs der Konjunkturbewegungen seit 1924 zeigt uns nun, daß die Handelsbilanz von dem jeweiligen Stande der Wirtschaft entscheidend beeinflusst wird. Die Konjunkturstelle des Reichsstatistischen Amtes hat ihrer Denkschrift über „Die weltwirtschaftliche Lage Ende 1925“ das erste „Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung“ folgen lassen. Auch diese Veröffentlichung zeichnet sich durch erfreulichen Materialreichtum aus. Von besonderem Interesse ist, daß hier eine Analyse der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands seit dem Stabilisierungsbeginn versucht wird, wobei folgende Konjunkturphasen herauskommen:

1. Tiefstand (Depression) . . . . . November 1923 bis Juni 1924
2. Aufschwung . . . . . Juli 1924 bis Januar 1925
3. Hochspannung . . . . . Februar 1925 bis Januar 1926
4. Tiefstand (Depression) . . . . . seit Februar 1926.

Auffallend an dieser Gruppierung ist die kurze Dauer der einzelnen Perioden. Vor dem Kriege erstreckte sich ein Konjunkturzyklus auf eine Zeit von 7 bis 8 Jahren, neuerdings umfaßt er 3 Jahre. Von eigentlichem Aufschwung kann unter solchen Umständen kaum die Rede sein. Ein Vergleich dieses Konjunkturbildes mit der Handelsbilanz gestattet zwar keine schlechthin schematischen Schlüsse, aber immerhin ergeben sich wertvolle Vergleichsmöglichkeiten.

Diese einfachen Überlegungen zeigen schon hinreichend, wie irrig es ist, in der Passivität der Handelsbilanz eine Krisenerscheinung und in deren Aktivität einen Beweis der Wirtschaftsgesundung erblicken zu wollen. Dieser Irrtum beruht nicht zuletzt auf der Verwechslung von Handels- und Zahlungsbilanz: Während erstere lediglich die Summe der Handelsbeziehungen zum Auslande widerspiegelt, gibt letztere ein Bild des gesamten inneren Wertverhältnisses der Volkswirtschaft im aktiven oder passiven Sinne. In bezug auf die Zahlungsbilanz fehlt es uns bis zur Stunde noch immer an brauchbarem statistischem Material und auch die Vierteljahrsveröffentlichung der Konjunkturstelle befriedigt gerade in diesem hochwichtigen Punkte nicht. Indessen, die Handelsbilanz kann passiv und die Zahlungsbilanz trotzdem aktiv sein: das Deutschland der Vorkriegszeit ist der bündigste Beweis dafür. Eine Betrachtung der Handelsbilanzen sämtlicher Länder lehrt, daß ein Ausfuhrüberschuß durchaus nicht das Zeichen wirtschaftlicher Gesundheit und Stärke ist. Die ökonomische Eigenart Europas bedingte es vor dem Kriege, daß sämtliche europäischen Länder eine passive Handelsbilanz aufzuweisen hatten, mit Ausnahme von — Rußland und Rumänien.

Tatsächlich ist das Verhältnis etwa folgendes: Ein Land, das eine passive Handels- und trotzdem eine aktive Zahlungsbilanz zu verzeichnen hat, realisiert die finanziellen Verpflichtungen, die das Ausland ihm gegenüber hat, vorwiegend in der Form von Rohstoff- und Wareneinfuhr. Ein Land hingegen, dessen Handelsbilanz aktiv und dessen Zahlungsbilanz passiv ist, muß in großem Umfange Waren ausführen, um seinen finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande gerecht werden zu können; ein solches Land ist ein Schuldnerland. Es muß nicht immer so sein, aber angesichts der besonderen Lage Deutschlands, die durch weitgehende Kredit- und Reparationsverpflichtungen gekennzeichnet ist, sind solche Erwägungen dringend am Platze. Um den gegebenen Kredit- und Reparationsnotwendigkeiten nachkommen zu können, muß die Warenausfuhr mit allen Kräften betrieben werden.

Somit wäre die aktive deutsche Handelsbilanz keineswegs ein Zeichen wirtschaftlicher Erholung, sondern sie ist eine charakteristische Begleiterscheinung der Wirtschaftskrise, jener Zwangsläufigkeiten, denen sich Deutschland als Kriegsfolge unentrinnbar gegenübersteht.

Schließlich ist, um schweren Frrtümern vorzubeugen, bei allen Handelsziffern, denen wir uns gegenübersehen, zu beachten, daß wir gegen 1913 heute mit Preisen zu rechnen haben, die um 40, 50 und 60 Prozent (die Steigerung ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden) höher sind. Legt man den Maßstab der deutschen Preissteigerung an die deutsche Handelsbilanz, so ergibt sich, daß wir keineswegs nahe vor der Erreichung des Vorkriegsstandes stehen; nach vorsichtiger Schätzung sind reichlich 60 Prozent erreicht. Der Aufstieg geht langsam vor sich und er wird von Rückschlägen unterbrochen, da die Verengung des Weltmarktes das Kernproblem der Weltwirtschaftskrise ist. Bis zur Stunde hat der Kapitalismus den Beweis nicht erbracht, daß er imstande wäre, das Markt- und Absatzproblem überhaupt noch in befriedigendem Sinne zu lösen.



## Chaos in der Handelspolitik

Tony Sender

Noch immer lastet eine schwere Krise auf der deutschen Wirtschaft, liegen Millionen Arbeitsloser auf dem Pflaster und niemand wagt zu prophezeien, daß ein baldiges Absinken dieser Krisenzeichen zu erwarten sei. Aber dennoch hat das Regulativ einer starken Preislenkung noch nicht eingesetzt. In der letzten Handelsvertragsdebatte des Reichstags äußerte ein Redner der Rechten, man solle nicht in einen Exportfanatismus verfallen, sondern mehr auf Stärkung des inneren Verbrauches sehen. Beiden Extremen ist vom Standpunkt der Wirtschaftsvernunft aus zu widersprechen, sowohl dem des „Exportfanatismus“, als auch dem der Autarkie (Selbstgenügsamkeit der eigenen Wirtschaft). Eine industriell entwickelte Volkswirtschaft bedarf der Möglichkeit des Exports schon aus dem einfachen Grunde, um mit dem daraus erzielten Erlös den zum Bestand der Wirtschaft unumgänglich notwendigen Import bezahlen zu können. Und ebenso schaffen die modernen Produktionsmethoden die Notwendigkeit gesteigerten Verbrauches im eigenen Lande. Doch

kann die erforderliche Proportion zwischen Produktion und Konsum nur dann aufrechterhalten oder herbeigeführt werden, wenn auch das entsprechende Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen geschaffen wird.

Dieses Verhältnis ist bis jetzt noch nicht herbeigeführt worden und alle Maßnahmen unserer Wirtschaftspolitik lassen auch keine Hoffnung aufkommen, daß bei Beibehaltung des bisherigen Kurses es erreicht werden könnte. Die in den letzten Jahren üppig ins Kraut geschossene Kartellierung in der deutschen Wirtschaft gewährleistet eine künstliche Hochhaltung des Preisniveaus durch Berechnung der Selbstkosten nach denjenigen des am ungünstigsten arbeitenden Werkes, erhält aber ihren festen Kitt erst durch die sie ergänzende Zollpolitik. Zwar wurde bei der Schaffung des neuen Zolltarifs im Sommer vorigen Jahres von den Zöllnern immer wieder betont, daß es sich nur um ein brauchbares Verhandlungsinstrument mit dem Zweck der Niederlegung der Zollmauern der andern handle; nachdem wir aber nunmehr auf eine bald einjährige Praxis der Handhabung dieses Tarifes bei Abschluß der Handelsverträge zurückschauen können, werden unsere damals geäußerten Zweifel über alles Erwarten erhärtet. Das Ziel der Zollpolitik ist nicht etwa die prinzipielle Bekämpfung der Zollschranken, sondern die Beibehaltung hoher Zollsätze, um so einen von der ausländischen Konkurrenz her wirksam werdenden Druck auf die deutschen Preise zu verhindern.

Diese Absicht ging wie ein roter Faden durch die Handelsvertragsverhandlungen der vergangenen Monate, kam aber am eklatantesten zum Ausdruck bei den noch nicht vom Parlament genehmigten Verträgen mit Dänemark und mit Schweden. Es ist selbstverständlich, daß selbst der prinzipielle Anhänger des Schutzzolles gewisse Zugeständnisse machen muß, will er überhaupt zu Handelsbeziehungen mit der Umwelt gelangen. Und so mußte auch die deutsche Regierung der dänischen für einige Positionen Zugeständnisse machen, so beispielsweise wurde für die Pferdeeinguhr ein Durchschnittszoll von 140 Mk. vereinbart. Das bedeutet zwar eine Herabsetzung des autonomen Zolls, ist aber immer noch ein reichlich hoher Schutz für die deutschen Pferdezüchter. Diesen freilich ist er noch nicht hoch genug und so organisierten sie einen äußerst heftigen Widerstand gegen den Vertrag, der sogar zu dessen Ablehnung in der ersten Lesung des Ausschusses führte. Zwar wurde in der zweiten Lesung eine knappe Mehrheit für den Vertrag erreicht, aber ins Plenum wagte man ihn noch nicht zu bringen, weil man nicht weiß, ob nicht die Agitation der Pferdeinteressenten so erfolgreich war, daß man an der Zustimmung der Mehrheit zweifeln darf.

Da aber scheint man auf einen rettenden Weg verfallen zu wollen. Zu gleicher Zeit wie die dänischen wurden auch die schwedischen Verhandlungen geführt und nun wurden im schwedischen Vertrag Tarife für gewisse agrarische Hauptprodukte vereinbart, die alle kühnsten Erwartungen deutscher Hochschutzzöllner übertreffen. Man wird erstaunt fragen, warum denn gerade mit Schweden solch hohe Agrarzölle vereinbart worden sind, da doch Schweden kein Agrarprodukte ausführendes Land ist. Aber der Sinn ist ein anderer: Dadurch, daß in einem Vertrag diese hohen Sätze festgelegt werden, sollen sie die Grundlage sein für alle Verhandlungen, die mit anderen Staaten auf der Basis der Meistbegünstigung geführt werden. Schweden ließ sich darauf ein, weil diese Sätze für es keine Rolle spielen. Auf deutscher Seite aber will man

die Agrarier mit diesem riesigen Geschenk versöhnen und beabsichtigt, den dänischen mit dem schwedischen Handelsvertrag zu verkoppeln, um den kleinen Schmerz der etwas ermäßigten Pferdezüge durch die große Freude der ungeheuer hohen Agrarzölle des schwedischen Vertrages auszugleichen. Diese schwedischen Sätze sind:

Ware	Autonomer Zollsatz	Vorkriegs- Vertragsatz	Ermäßigter Satz bis 31. Juli 1926	Tarif im Vertrag mit Schweden
Hoggen . . . . .	7	5	8	6
Weizen . . . . .	7,5	5,5	3,5	6,5
Gerste . . . . .	7	4	3	5
Hafer . . . . .	7	5	3	6
Rindvieh . . . . .	18	8	13	16
Schafe . . . . .	18	8	13	16
Schweine . . . . .	18	9	14,5	16
Fleisch . . . . .	45—60	27—35	21—24	32—37,5
Schweinespeck . . . . .	36	—	14	20
Schmalz . . . . .	12,5	10	6	10
Margarine . . . . .	30	20	20	20

Würde danach der schwedische Handelsvertrag bis zum 31. Juli 1926 in Kraft treten, dann bedeutete dies, daß die Getreidezölle verdoppelt würden, die Fleischzölle um ein Drittel, die Viehzölle um ein Viertel und die Sätze für Schweinespeck und -schmalz etwa um die Hälfte erhöht würden. Dabei ist zu beachten, daß jetzt gerade die Verhandlungen mit Polen wieder aufgenommen worden sind, das bekanntlich vorwiegend agrarisches Exportland ist und dem nun diese hohen Vertragszölle angeboten werden sollen. Und alles dies im Zeichen des Preisabbaus, einer schweren Wirtschaftskrise, der Millionen Erwerbsloser . . .

So bleibt denn der engstirnigste Egoismus einzelner Interessenten Trumpf, die europäischen Staaten schließen sich mehr und mehr gegeneinander ab und Deutschland hat den traurigen Ruhm, mit an der vordersten Front der Zöllner zu marschieren. Und alle scheinen blind gegen die deutlichen Warnungen ernster Tatsachen. Denn während Europas achtunddreißig Parzellenwirtschaften einander bekriegen, sind sie von diesen Kampfhandlungen derart in Anspruch genommen, daß sie eine immer deutlicher am Horizont aufziehende Erscheinung gar nicht zu bemerken scheinen: **Die Enteuropäisierung der Welthandelsbilanz!** Der letzte Band des von Professor Harns herausgegebenen „Weltwirtschaftlichen Archivs“ bringt in einer Reihe von wertvollen Arbeiten hierfür wichtiges Beweismaterial. Wird doch immer — und unseres Erachtens mit Recht — betont, daß die deutsche Wirtschaftskrise auch als ein Teil der europäischen Krise bewertet werden müsse, folglich muß auch den Ursachen und Erscheinungsformen dieser europäischen Wirtschaftsstörung nachgegangen werden. Die Schwächung Europas wie die wirtschaftliche Erstarkung überseeischer Gebiete hat eine starke Verschiebung in der prozentualen Verteilung des Welthandels hervorgerufen, die von Prof. Hermann Levy in verschiedenen Tabellen dargestellt wird. Als Grundlage dieser tabellarischen Darstellung wurde der Versuch gemacht, die ungewogenen Wertziffern der Einfuhr und Ausfuhr durch Zugrundelegung der Preise von 1913 in gewogene zu verwandeln. Dabei ergibt eine zusammenfassende Tabelle der prozentualen Verteilung des Welthandels auf einzelne Ländergebiete das folgende Bild:

## Prozentuale Verteilung des Welthandels nach Ländergebieten:

Ländergebiet	Einfuhr		Ausfuhr		Gesamtaußenhandel	
	1913	1924	1913	1924	1913	1924
Europa . . . . .	69,34	61,78	62,40	50,97	65,99	56,62
Nordamerika* . . . . .	12,28	16,33	15,83	22,16	13,96	19,15
Mittelamerika** . . . . .	1,54	2,04	2,10	3,64	1,82	2,83
Südamerika . . . . .	5,59	4,95	6,60	6,81	6,07	5,85
Afrika . . . . .	1,70	1,89	2,61	2,66	2,14	2,27
Asien . . . . .	7,14	9,81	7,84	10,36	7,48	10,08
Ozeanien† . . . . .	2,46	3,20	2,62	3,40	2,54	3,80

Wenn auch hiernach Europa noch immer stärkster Partner am Welt-Handel ist, so ist dennoch nicht die außerordentlich stark ins Auge fallende rückläufige Tendenz zu leugnen. Dabei ist aber ganz besonders stark der Rückgang der europäischen Ausfuhr, was gewiß zum großen Teil auf die Ver- selbständigung der außereuropäischen Kontinente zurückzuführen ist, während umgekehrt Europa eher in verstärktem Maße auf die Lebensmittel- und Roh- stoffeinfuhr aus Übersee angewiesen bleibt. Diese für Europa ungünstige Lage wurde verschärft durch den Ausfall Rußlands. Es ist aber daran zu er- innern, daß durch das Entstehen der vielen neuen Staaten und Zollgebiete innerhalb Europas die obigen Ziffern eher ein für Europa zu günstiges Bild ergeben dürften, da ja gegenüber 1914 jetzt als staatlicher Zwischenhandel er- scheint, was früher zum Binnenhandel gezählt worden ist.

Interessant ist in dieser Darstellung, daß aus ihr hervorgeht, wie der schwindende Anteil Europas nicht nur — woran zumeist ausschließlich ge- dacht wird — von den Vereinigten Staaten, sondern auch in ziemlich erheb- lichem Maße von Asien aufgefangen worden ist. Während aber die euro- päische Ausfuhr bedeutend stärker zurückgegangen ist, als sein Einfuhranteil, ist das Bild in bezug auf die Vereinigten Staaten und Asien gerade um- gekehrt: Ihr Ausfuhranteil ist erheblich gestiegen, als der der Einfuhr. Noch deutlicher kommt dies in der nachfolgenden Tabelle zum Ausdruck:

## Prozentualer Anteil der Einfuhr aus und der Ausfuhr nach Europa am Gesamthandel verschiedener Ueberseegebiete:

Gebiet	Einfuhr aus Europa (% der Gesamteinfuhr)		Ausfuhr nach Europa (% der Gesamtausfuhr)	
	1913	1924	1913	1924
Vereinigte Staaten . . . . .	48,2	30,4	60,4	53,2
Kanada . . . . .	28,9	25,4	54,6	47,9
Indien . . . . .	80,3	69,4	57,9	50,9
Japan . . . . .	30,7	23,7	23,6	9,7
Argentinien . . . . .	78,0	62,6	62,9	60,1
Ozeanien . . . . .	70,8	55,7	77,6	66,0

Hier tritt die gleiche Tendenz der Zurückdrängung Europas im Welt- handel noch stärker in die Erscheinung, wenn auch noch immer der Handel mit Europa im Gesamthandel einzelner überseeischer Staaten bedeutend ist. Aber Ursache zu ernster Erwägung ist ja auch noch nicht die absolute Ziffer, sondern die stark rückläufige Tendenz. Ganz besonders auffallend bei Be- trachtung des Zahlenmaterials ist die starke Steigerung des asiatischen An-

\* Kanada und Vereinigte Staaten. — \*\* Von Mexiko bis Panama einschließlich und Westindien. — † Das ist Australien und Polynesien.

teils am Welthandel, sowohl am Handel mit überseeischen Ländern wie auch im innerasiatischen Verkehr selbst. Daraus scheint uns allerdings zu folgern, daß es sich kaum um eine vorübergehende Erscheinung nur handeln kann, verursacht etwa durch die Kriegsfolgen Europas, Währungszerrüttung usw. Sondern neben den europäischen Veränderungen ist vor allem die starke wirtschaftliche Entwicklung und das Streben nach ökonomischer Selbstständigkeit jener überseeischen Gebiete wirksam. Das brauchte nicht an sich den europäischen Anteil am Welthandel zurückzudrängen, sondern es könnte auch zur Folge haben, ihn in seiner Zusammensetzung zu verändern. Denn ein industriell im ersten Stadium des Aufschwungs befindliches Land wird immer noch in starkem, ja sogar in wachsendem Maße Abnehmer sein für hochqualifizierte Produkte, die wiederum nur von den älteren Kultur- und Industrieländern vorwiegend zu liefern sind. Da aber diese Entwicklung sich nicht ruhig und organisch vollzog, sondern durch Krieg und Blockade treibhausartig emporkam, während in Europa alle Kraft zur gegenseitigen Zerfleischung verbraucht wurde, ist die Anpassung der europäischen Wirtschaft an diese Veränderungen der Welt nur in geringem Maße erfolgt. Außerdem aber steht das hohe internationale Preisniveau dem gesteigerten Konsum verfeinerter Waren entgegen. Und schließlich hält die von den überseeischen Staaten aufgenommene Hochschutzzollpolitik in recht erheblichem Maße die europäischen Produkte fern.

So ist die internationale Arbeitsteilung vollkommen gestört und der Hauptbetroffene davon ist im Augenblick Europa. Und dieses Europa leistet sich noch den Luxus von 38 einzelnen Staaten und Stätchen, alle fein säuberlich untereinander abgesperrt durch hohe Zollmauern, leistet sich ferner — speziell im deutschen Gebiet — den Luxus von Kartellen mit einer preis-hochhaltenden Wirkung, verschwendet seine Kraft im Kampf aller gegen alle innerhalb der Parteien des europäischen Gebietes.

Und doch braucht auch eine klare Erkenntnis der Rolle Europas innerhalb der Welt nicht zu schwarzem Pessimismus zu veranlassen — nur müßte es die Verantwortlichen dazu veranlassen, die so gewordenen Tatsachen bestimmend werden zu lassen für ein großzügiges eigenes Handeln. Oder ist Europa müde geworden, ist die alte Welt nicht mehr imstande, Kraft und Intelligenz aufzubringen, um sich in der Welt behaupten zu können. Sieht man die kleinlichen und kurzfristigen Interessenkämpfe an, wie sie eingangs geschildert wurden, so könnte man dieser Auffassung zuneigen. Und doch trifft sie nicht zu: Noch gibt es eine frische unverbrauchte Kraft in Europa, die sich von der Müdigkeit und Angstlichkeit der Herrschenden nicht beeinflussen ließ — das Proletariat. Aus ihm können und werden die treibenden Kräfte emporkommen, die dem Widersinn europäischer Kleinstaaterei und des Kampfes aller wider alle ein Ende bereiten. Es braucht durch keinen Gruppenegoismus an einer weitschauenden Einstellung gehindert zu werden, nur aus ihm wird die frische Energie emporblühen, die das vereinte Europa schaffen und den freien Wettbewerb der Völker der Erde anbahnen wird.

Zur Erreichung dieses großen Ziels aber gilt's, im eigenen Lande zu beginnen — und uns dünkt, wir hätten gerade im Augenblick reichlich Gelegenheit zu solcher Betätigung!



# Die Wolle auf dem Weltmarkt

Dr. Judith Grünfeld (Genä)

Der Weltwollmarkt weicht von den anderen wichtigen Rohstoffmärkten, die bekanntlich in den Nachkriegsjahren eine bedeutende Produktionssteigerung aufweisen, insofern ab, als die Weltproduktion an Wolle das Vorkriegsniveau nicht nur nicht überschritten, sondern dasselbe noch nicht einmal erreicht hat. In den wichtigsten Erzeugungsländern hat die Wollproduktion im vergangenen Jahre nur 94 Prozent des Vorkriegsstandes betragen. Nach den Angaben des Handelsministeriums der Vereinigten Staaten entwickelte sich die Wollerzeugung in den wichtigen Erzeugungsländern in den letzten fünf Jahren im Vergleich zu der Vorkriegszeit wie folgt (in Millionen lb.):\*

	1909/1913	1924	1925
Vereinigte Staaten . . . . .	314,1	282,3	301,0
Argentinien . . . . .	358,7	280,0	275,0
Uruguay . . . . .	157,0	95,0	110,0
Frankreich . . . . .	80,7	42,4	44,0
Deutschland . . . . .	52,0	53,6	53,0
Italien . . . . .	55,0	57,0	57,0
Spanien . . . . .	72,0	94,8	—
Großbritannien . . . . .	134,0	106,3	110,0
Britisch-Südafrika . . . . .	165,9	193,0	—
Australien . . . . .	705,1	650,0	735,0
Neuseeland . . . . .	198,5	188,0	170,0
<b>Weltproduktion . . . . .</b>	<b>3231,5</b>	<b>2836,5</b>	<b>2892,0</b>

Wie man aus diesen Angaben ersehen kann, hat die Weltproduktion der Rohwolle im Jahre 1925 erst 89,5 Prozent der Produktion im Durchschnitt des Vorkriegsjahrfünft (1909 bis 1913) erreicht. **Argentinien** hat den zweiten Platz, den es in der Weltproduktion der Wolle vor dem Kriege eingenommen hat, zugunsten der Vereinigten Staaten eingebüßt, während **Australien** nicht bloß seinen ersten Platz behauptet, sondern sogar **relativ** eine größere Rolle in der Weltproduktion spielt als vor dem Kriege: Im Jahre 1925 lieferte es nämlich ein Viertel der Wollproduktion der Welt. Von den europäischen Ländern weist nur Spanien einen Fortschritt gegenüber dem Vorkriegsstande auf, während die englische und besonders die französische Wollproduktion stark hinter der Vorkriegszeit zurückbleiben. Deutschland und Italien halten sich auf dem Vorkriegsniveau und sogar etwas darüber. Die europäische Wollproduktion, die vor dem Kriege **zirka 12 Prozent** der Weltproduktion betragen hat, ist im Jahre 1925 auf **8 Prozent derselben zurückgegangen**.

Von den Hauptproduzenten hat lediglich Australien im Jahre 1925 das Vorkriegsniveau überschritten. Fast in **allen** anderen Ländern, auch in denen, wo man eine Tendenz zur Annäherung an den Vorkriegsstand feststellen kann, bleiben die Produktionszahlen noch bedeutend hinter demselben zurück. Besonders auffallend erscheint die Entwicklung in Argentinien, Uruguay und den Vereinigten Staaten. In den letzteren bleibt die Wollproduktion im Jahre 1925 um zirka 4 Prozent und in Argentinien um etwa 23 Prozent hinter dem Vorkriegsniveau zurück, Uruguay weist sogar einen Rückgang beinahe um 30 Prozent auf. An einen derartigen Rückgang in der Produktion

\* lb. = englisches Pfund = 453 Gramm.



sind wir sonst lediglich im verarmten Europa gewöhnt. Der Hauptgrund dieser Produktionsverminderung ist zweifellos nicht so sehr in der Verschiebung der Konsumkraft der Welt, als vielmehr in der Intensivierung der Landwirtschaft der betreffenden Länder zu suchen. Diese Intensivierung führte zur Einschränkung der ungeheuren Schafherden. Hier ist besonders hoch die Ausdehnung des Getreideanbaues in den Überseeländern anzuschlagen, die während des Krieges Platz gegriffen hat. Andererseits aber hat die Vervollkommnung des Fleischtransportes auf weite Strecken (Kühlwagen) Hand in Hand mit der Entwicklung der Konservenindustrie auch den Viehzüchtern neue Aussichten eröffnet. Statt der Schafzucht zum Zwecke der Wollerzeugung geht man in einigen Hauptgebieten der Wollschur mehr und mehr zur Fleischproduktion über, um nicht nur die eigene städtische Bevölkerung, sondern auch die europäische Bevölkerung mit Fleisch zu beliefern. Außerdem wird die Merino-Schafzucht, die ausschließlich der Produktion von feineren Wollsorten dient, durch die Zucht der Mischrassen verdrängt, die zwar gröbere Wollsorten (Großbred) liefern, aber zugleich auch zur Fleischproduktion verwendet werden können. Die Tendenz zur Züchtung der Mischrassen wurde während der Kriegszeit durch die Bedürfnisse der Armee nach größerem Wollzeug einerseits und durch die starke Nachfrage nach Fleischkonserven andererseits noch bedeutend gefördert. Daraus erklärt sich die Verknappung der feineren Wollsorten in den Nachkriegsjahren.

Was nun die Lage auf dem Weltmarkte selbst nach dem Kriege anbetrifft, so war die Verkehrszerrüttung am Ende des Krieges und unmittelbar nach Friedensschluß so groß, daß trotz des Rückganges der Weltproduktion von Rohwolle ungeheure Vorräte in den Erzeugungsländern sich angesammelt hatten, was zu einem großen Preisturz im Jahre 1920 führte. Erst Ende 1921 beginnt eine Erholung der Wollpreise im Zusammenhange mit der Intervention der englischen Regierung, die auf Drängen der australischen Züchter eine besondere Gesellschaft, die *Woolra* (Brit. Austr. Wool. Association), zwecks Aufkauf und Valorisierung der australischen Wolle ins Leben rufte. Diese Valorisierungsaktion hat erst Mitte 1924 ermöglicht, sämtliche aufgehäuften Vorräte australischer Wolle unterzubringen. Zu dieser Zeit wurde die Aufkaufstätigkeit der *Woolra* eingestellt und der Rohwollmarkt unterliegt nunmehr dem freien Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage.

Da die Vereinigten Staaten durchschnittlich nicht weniger als ein Fünftel bis ein Viertel der Weltproduktion an Wolle **verbrauchen** (im Jahre 1923 hat der amerikanische Verbrauch 689 Millionen lb bei einer Weltproduktion von 2719 Millionen lb, im Jahre 1924 575 Millionen lb bei einer Weltproduktion von 2836 Millionen lb betragen), so kommt der amerikanischen Nachfrage auf den Wollmärkten selbstverständlich eine große Bedeutung zu. Dies um so mehr, als ungefähr die Hälfte des amerikanischen Wollkonsums durch Einfuhr gedeckt wird. Vor dem Kriege sind durch die Einfuhr 40,0 Prozent des amerikanischen Wollkonsums gedeckt worden, im Durchschnitt der Jahre 1916 bis 1920 stieg dieses Verhältnis auf 58,1 Prozent, in den Jahren 1922 und 1923 belief es sich auf 57,8 Prozent und im Jahre 1924 hat es immer noch 45,4 Prozent betragen. Man sieht, wie der Rückgang der Wollerzeugung in den Vereinigten Staaten eine Steigerung der Wolleinfuhr im Vergleich mit Vorkriegszeit verursachte. Diese Einfuhr stammt vornehmlich aus Eng-

land, Argentinien, Australien und China. Charakteristisch für die Verschiebungen in der Wollproduktion der Nachkriegszeit ist insbesondere der Umstand, daß Argentinien noch im Jahre 1921 mehr als ein Viertel der Gesamteinfuhr an Wolle nach den Vereinigten Staaten lieferte, während im Jahre 1924 die argentinische Wolleinfuhr weniger als ein Achtel dieser gesamten Wolleinfuhr beträgt. Das bestätigt die oben aufgestellte Behauptung, daß die Wollproduktion und Wollausfuhr in Argentinien durch die Fleischproduktion und Fleischausfuhr verdrängt wird. Bezeichnend ist gleichfalls die starke Beteiligung Chinas an der amerikanischen Wolleinfuhr: Im Jahre 1921 hat China etwa ein Siebtel derselben geliefert, im Jahre 1924 aber bereits ein Viertel.

Nach übereinstimmender Schätzung der Sachverständigen ist im laufenden Jahre mit einer festeren Entwicklung der Märkte zu rechnen, da die Hauptwollschur, nämlich die australische, die in diesem Wolljahre etwa 2 Millionen Ballen beträgt, bereits Ende April d. J. bis auf 151 000 Ballen untergebracht wurde. Damit wäre der Weltmarkt zum ersten Male in der Nachkriegszeit ohne Regierungsaufkäufe, und zwar in ziemlich kurzer Zeit von überschüssigen Wollvorräten befreit. Aus dieser günstigen Situation des Rohwollmarktes heraus ist auch das ablehnende Verhalten der Händler als auch der Züchter gegen eine eventuelle Wiederholung der Valorisierungsaktion zu erklären, wie sie in den Jahren 1921 bis 1924 von der Bawra geübt wurde. In diesem Sinne, nämlich für die Aufrechterhaltung des freien Handels, hat sich auch die internationale Wollkonferenz, die im November 1925 in Berlin unter Beteiligung deutscher, englischer, französischer und belgischer Delegierten tagte, ausgesprochen.

Die Versorgung der Märkte ging in den letzten Monaten flott von statten, so daß die akute Knappheit an Rohwolle, die im Herbst 1925 in Europa beobachtet wurde, sich kaum wiederholen dürfte. Die Verschiffung der Rohwolle aus Australien und Neuseeland weist im laufenden Wolljahr im Vergleich zum Vorjahre eine erhebliche Zunahme auf, wie aus den folgenden Angaben des „Economist“ (vom 24. April 1926) zu ersehen ist:

#### Ausfuhr von Rohwolle aus Australien und Neuseeland (in Ballen):

	vom 1. Juli 1925 bis zum 31. März 1926	Vergrößerung der Ausfuhr im Vergleich zu 1924/25
Australien . . . . .	2201000	+ 731000
Neuseeland . . . . .	479000	+ 25000
Zusammen	2680000	+ 756000

Die Entwicklung der Preise für Rohwolle hat im Jahre 1924/25 in England folgenden Verlauf genommen (in Pence pro lb):

	Merino in Schweiß 1925	Kreuzzuchtvolle 1925		Merino in Schweiß 1925	Kreuzzuchtvolle 1925
Januar . . .	38 $\frac{1}{4}$	23 $\frac{1}{4}$	August . . .	27	14
April . . .	31 $\frac{1}{4}$	19	Dezember . .	27	14 $\frac{1}{4}$ *

Die sinkende Preistendenz im vergangenen Jahre brachte es mit sich, daß die Wolle relativ billig wurde, da sie noch Ende Januar d. J. nur ungefähr

\* „Die weltwirtschaftliche Lage Ende 1925.“ Berlin 1926 (herausgegeben vom statistischen Reichsamte und vom Institut für Konjunkturforschung).

um 51 Prozent (Merino) bzw. um 20 Prozent (Kreuzzucht) über den Preis von 1913 stand, bei einem allgemeinen Weltpreisniveau von zirka 60 bis 70 Prozent über dem Vorkriegsstande. In den europäischen Hauptkonsumländern war die Nachfrage nach Wolle, insbesondere nach feinen Merinosorten, in den ersten Monaten dieses Jahres in England und Frankreich sehr rege. In England hat die Aussicht auf die Einführung von Schutzzöllen für Wollfabrikate die Nachfrage angeregt. Besonders auffallend ist die starke Nachfrage aus Frankreich, die sich trotz des sinkenden Franken und der zeitweiligen Überversorgung der französischen Industrie mit Rohwolle bemerkbar machte. Am schwächsten war die deutsche Nachfrage. Infolge der niedrigen Inlandskaufkraft und der Kredit Schwierigkeiten in Deutschland wird allgemein angenommen, daß die Nachfrage nach Wolle im laufenden Jahre den vorjährigen Stand kaum erreichen wird.

Die lebhafteste amerikanische, englische und französische Nachfrage haben in den ersten Monaten dieses Jahres eine leichte Festigung der Wollpreise herbeigeführt. Das Abflauen der amerikanischen Konjunktur, der englische Streik und das Nachlassen der französischen Nachfrage haben in allerletzter Zeit neuerdings eine schwankende Tendenz auf den Wollmärkten erzeugt. Da der Kohlenstreik sich in die Länge zieht, rechnet man mit einer erheblichen Einschränkung der englischen Wollindustrie. Die Herstellung von mittleren und groben Kreuzzuchtfabrikaten hat sich in England infolge der unterbundenen Exportmöglichkeit bereits stark verringert. Welchen Verlauf die Preisentwicklung nunmehr nehmen wird, wird die englische Wollauktion, die durch den Generalstreik unterbrochen und auf den 1. Juni verschoben wurde, demnächst zeigen. Die Stabilisierung des Wollmarktes hängt aber aufs engste mit der Hebung der Kaufkraft der breiten Volksmassen in der ganzen Welt zusammen, da wir es hier mit einem Massengebrauchsgut allerersten Ranges zu tun haben.

...

## Zum Zusammenschluß in der optischen Industrie

Opticus (Berlin)

In Heft 8 dieser Zeitschrift hat Kollege König (Stuttgart) aufgezeigt, in welchem Umfange in den letzten Jahren in der optischen Industrie Zusammenballungen vor sich gegangen sind. Die nachfolgenden Zeilen sollen in die Zusammenhänge weiter hineinleuchten, um in erster Linie den Betriebsräten Richtlinien für ihre Arbeit zu geben.

Betrachten wir heute einmal die Ursachen, die bei diesem Industriezweig Deutschlands zur Bildung einer Interessengemeinschaft Ica-Contessa-Goerz-Ernemann-Zeiß geführt haben und welche besonderen Zwecke von vornherein zum Ziel damit verfolgt wurden.

Die Inflation brachte diesen Firmen nicht unerhebliche Gewinne, denn ihre Produkte wurden zu zwei Drittel in das valutastarke Ausland verkauft zu Preisen, die zum Teil wesentlich über den Preisen der Vorkriegszeit lagen. Während in Deutschland die Herstellungskosten in der Inflationszeit bekanntlich sehr niedrige waren (die Materialien machen nur einen geringen Bruchteil, gemessen am Preise des fertigen Produktes dieser Industrie, aus), hatte das konkurrierende Ausland zur gleichen Zeit eine Steigerung der Herstellungskosten gegenüber der Vorkriegszeit zu verzeichnen. Aus dieser Tatsache heraus sah sich das Ausland auf Druck der eigenen Industrie veranlaßt, die Einfuhrzölle zu erhöhen oder sie überhaupt erst einzuführen (England) und die Waren außerdem noch besonderen Abgaben zu unterwerfen. Im Zusammenhang damit standen die sogenannten Dumpinggesetze, die mit Strafe, sogar Beschlagnahme die deutschen Waren belegten, die zu niedrigeren Preisen, als sie die Konkurrenz des betreffenden Landes für gleiche Fabrikate hatte, eingeführt werden sollten. Durch nachträgliche Gutschrift bestimmter Beträge mußte aber die beteiligte Industrie diese Klippe zu umsegeln.

Die Folge dieser verschiedenen Einfuhrschwierigkeiten war aber letzten Endes doch eine beträchtliche Einschränkung der deutschen Ausfuhr, die sich dann in der Nachinflationszeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt der optisch-photographischen Industrie empfindlich bemerkbar machte. Deutschland selber kam in der Inflationszeit als Absatzgebiet für die Produkte dieser Industrie kaum in Frage, jedoch ist hierin 1925 eine Wendung eingetreten. Die erheblichen Gewinne, die in der Inflationszeit gemacht wurden (Herstellungskosten = Papiermark, verkaufte Waren = ausländische Valuta), benutzten besonders die Firmen der F.-G. Zea-Beiß zur Vergrößerung ihrer Betriebe, Anschaffung neuer Maschinen und Einführung neuer Fabrikationsmethoden, die sich in gewissem Umfange dem Taylor-System anlehnten. Die bis dahin bereits in Interessengemeinschaft stehenden Firmen Zeiß-Zea-Contessa betrieben die Einführung neuer Fabrikationsmethoden in überragendem Maße, so daß den Firmen Goerz und Ernemann neben den übrigen bekannteren Firmen der optischen und photographischen Industrie, wie Busch-Kathenow, Wimosja-Dresden, Boigtländer-Braunschweig u. a., der Konkurrenzkampf mit der Gruppe Zeiß außerordentlich erschwert wurde. Eine bis dahin vorhanden gewesene Preiskonvention, die die einzelnen Firmen (einschließlich der Feldstecher- und Mikroskopgruppe) auch ständig über Lohn- und Streikbewegungen der einzelnen Bezirke informierte, ging in die Brüche. Gleichzeitig nahm die Gruppe Zeiß-Zea-Contessa den Konkurrenzkampf durch eine etwa  $\frac{2}{3}$  Jahr anhaltende Reduktion der Preise unter die Friedenspreise auf, die aber ausschließlich von der Firma Zeiß getragen wurde.

Diesem Kampf der einen Gruppe unterlagen Ende 1925 fast alle anderen Firmen der Industrie und besonders die Firmen Goerz und Ernemann. Die bis dahin stark bekämpfte Gruppe Zeiß kam ihnen jetzt zu Hilfe, jedoch nicht aus reiner Menschenliebe, vielmehr mit der Absicht, sie für alle Zeiten in ihre Hände zu bekommen. Das ist ihr bei der Firma Goerz auch vollständig gelungen dadurch, daß sie die Ende 1925 vorgenommene Erhöhung des Aktienkapitals um 1,4 Millionen Mark auf 8,4 Millionen Mark bei einem Stande der Goerz-Aktien von damals 53 Prozent formell durch ein Varentonsortium zu pari übernahm. Die Familie Goerz, die etwas mehr als 50 Prozent des alten Aktienkapitals (3,51 Millionen Mark) besaß, kam damit nach der Erhöhung in die Minderheit. Wenn auch die Firma Zeiß bzw. die Zeißstiftung zunächst vollkommen unbeteiligt schien, so ist doch inzwischen klar geworden, daß sie das Rückgrat dieser kapitalistischen Konzentration ist und daß bei ihr die Fäden zusammenlaufen. Ihr Einfluß ist um so stärker, als sie bei den Firmen Zea und Contessa ebenfalls die Mehrheit des Aktienkapitals besitzt und ihre Organe dort in ihrem Interesse angelegt sind.

Die maßgebende Beteiligung der Zeißstiftung bei der Firma Goerz hat denn auch sofort ihre Auswirkung gezeigt: umfangreiche Personalentlassungen, auch an leitender Stelle, sind planmäßig vorgenommen worden, Betriebsabteilungen stillgelegt, technische Verbesserungen und neue Arbeitsmethoden, bis in alle Einzelheiten bei der Firma Zeiß erprobt und festgelegt, vorgenommen, die Endlinger Glashütte der Firma Goerz, der einzige Konkurrenzbetrieb des Glaswerkes Schott-Zena (Zeiß und Schott sind die von Prof. Abbe gegründeten Stiftungsbetriebe der Karl Zeiß-Stiftung), ausgeschaltet worden.

Aber das Abkommen, das die Konzernfirmen abgeschlossen haben, ist bekannt, daß es bis 1950 läuft. Die Erträgnisse der F.-G.-Firmen sollen mit einem in den ersten drei Jahren von Jahr zu Jahr erhöhten Prozentsatz vereinigt werden. Nach einem gewissen Schlüssel, der noch nicht näher bekanntgegeben wurde, soll jede beteiligte Firma ihren entsprechenden Anteil erhalten.

Bei der Firma Ernemann-Dresden ist durch Übernahme der Erhöhung des Aktienkapitals (um 300 000 M. auf 3,8 Millionen Mark) von der Zeißgruppe der gleiche Einfluß wie auf die Firma Goerz noch nicht erreicht worden. Die Beteiligten werden aber zweifellos Mittel und Wege finden, auch das zu erzielen.

Das Aktienkapital und die Arbeiterzahl der der F.-G. angehörenden Firmen betrug vor der Gründung der Interessengemeinschaft:

	Aktienkapital	Arb. u. Angestellte	Aktienkapital	Arb. u. Angestellte	
Goerz	7,0 Mill. Mark	1800	Ernemann	3,5 Mill. Mark	1000
Zea	4,2 " "	2000	Zeiß	? " "	5000
Contessa	4,0 " "	1500			

Die Firma Zeiß besitzt als Stiftungsbetrieb kein Aktienkapital. Der Kapitalist ist hier die Karl Zeiß-Stiftung, die den Vorzug hat, der Öffentlichkeit und sogar der Betriebsvertretung von Zeiß und Schott gegenüber keine Auskunft über ihre jährliche Vermögens-

Lage geben zu brauchen. Sie hat weiter den Vorzug, ebenso die beiden Stiftungsbetriebe Zeiß und Schott, von einer ganzen Reihe Steuern und öffentlicher Abgaben befreit zu sein.

Für die Belegschaften der Stiftungsbetriebe Zeiß und Schott ist das Hineinwachsen der Karl Zeiß-Stiftung in die einzelnen Unternehmungen der optischen Industrie von besonderer Bedeutung, weil sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe im Gegensatz zu Prof. Abbes Absichten und Zielen nicht nur relativ, sondern absolut verschlechtert hat (Lohn, Urlaub, Arbeitszeit, Mitwirkung bei den Betriebsvorgängen). Ein Beispiel: Nach dem von Prof. Abbe mit unübertroffenem sozialem Verständnis errichteten Stiftungsstatut soll den Werksangehörigen am Schlusse jeden Geschäftsjahres eine Lohn- und Gehaltsnachzahlung gewährt werden, die sich nach den Erträgnissen der beiden Betriebe richten soll. In den letzten zehn Jahren haben die Nachfolger Prof. Abbes es verstanden, damit vollständig abzubauen, trotz Vollbeschäftigung, trotz monatelanger Überstunden, trotz intensivster Fabrikationsmethoden. Das ist einfach dadurch möglich geworden, daß die beiden Stiftungsbetriebe, insbesondere Zeiß, für alle in die Polypenarme der Karl Zeiß-Stiftung eingeschlossenen Unternehmungen langwierige und kostspielige Versuchsarbeiten, Konstruktions- und optische Rechenarbeiten, Verwaltungsarbeiten, Reisen, Lieferung von Rohstoffen, Halb- und selbst Fertigfabrikaten kostenlos, zum Teil nur mit ganz geringem Gewinn ausführen, die Unkosten der anderen Unternehmungen damit stark verringern, deren Gewinne desto mehr steigern. Die Unkosten der beiden Stiftungsbetriebe Zeiß und Schott wachsen dadurch immer stärker an, die Erträgnisse schmälern sich entsprechend, so daß die beiden Betriebe in den letzten Jahren für Arbeiter und Angestellte „nichts mehr abwarfen“. Die Gewinne aber, die die Karl Zeiß-Stiftung aus den übrigen Polypenbetrieben zieht und über die sie, das sei noch einmal besonders betont, niemand Rechenschaft schuldig ist (außer der famosen Stiftungsverwaltung), wachsen ins ungeheure an. Nur so ist es möglich, daß die Karl Zeiß-Stiftung auch an dem Millionenprojekt der Saalealsperre zur Versorgung Sachsen-Thüringens mit Elektrizität zusammen mit dem preussischen und thüringischen Staat beteiligt ist.

Die vorliegenden Ausführungen mögen einen Ausschnitt über die wirtschaftliche Macht geben, die in den Spitzen der verhältnismäßig kleinen optischen Industrie verkörpert ist. Die Betriebsräte mögen die Zusammenhänge klar erkennen, um sie jetzt schon mit List und Klugheit auszuwerten versuchen, vor allem aber für später stark und in einer Front mit ihren Arbeitskollegen (Arbeitern und Angestellten) gerüstet dazustehen.

## Der Betriebsrat als Statistiker

W i l h e l m K e m p f (Enkheim bei Frankfurt a. M.)

Jedes Mitglied eines Betriebsrates, das schon an Verhandlungen mit der Direktion seines Betriebes teilgenommen hat, weiß, wie überraschend schnell dem Betriebsrat mit Zahlen, Statistiken und graphischen Darstellungen aufgemartet werden kann, wenn es gilt, irgend eine Forderung der Arbeitererschaft abzuweisen oder eine Behauptung zu entkräften. Meist muß dann der Betriebsrat den Rückzug antreten, sich mit seinem zuständigen Verhandlsbüro in Verbindung setzen, Auskunft einholen, Material zusammentragen, um einen neuen Vorstoß mit einiger Gewißheit auf Erfolg wagen zu können. Wie ganz anders kann ein tüchtiger Betriebsrat Säläge variieren und Angriffe abweisen, wenn er von vornherein im Besitze von „schlagenden“ Beweisen ist. „Schlagende Beweise“ sind in unserm Falle Zahlen.

Mit Zahlen läßt sich zwar nicht alles, aber doch sehr viel beweisen. Die meisten beschäftigen sich deshalb nicht gern mit Zahlen, weil sie ihnen trocken vorkommen und weil sie es nicht verstehen, die Zahlen sprechen zu lassen. Ich erinnere nur an den Kassenbericht, den in der Generalversammlung der Kassierer gezungen ist zu geben. Das einfache Ablesen der Zahlen genügt nicht. Man muß sie anschreiben und Zahlen vergleichen können. Nun können Schlüsse gezogen werden. Und für den Betriebsrat ist es meines Erachtens ebenso unerlässlich, Zahlen sprechen zu lassen, wie für den Volkswirtschaftler. Das erfordert natürlich einige Mühe und ein bißchen Geschick, aber der Erfolg wird die Arbeit lohnen. Ein kleines Zahlenarchiv bedeutet mitunter eine Waffenkammer, aus der man „vernichtende Geschosse“ hervorholen kann. Für den Betriebsrat kommen in erster Linie Zahlen in Frage aus seinem eigenen Betrieb, darüber hinaus natürlich auch aus der gesamten Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Konkurse, Ein- und Ausfuhr, Zölle, Lebenshaltung usw. Man wird mir einwenden, daß das nicht zu den Aufgaben der Betriebsräte gehört.

Aber wir wollen nicht vergessen, daß sich der Wirkungsbereich der Betriebsräte in Zukunft noch erweitern wird. Gerade für den Betriebsrat, der doch den größten Kontakt mit der Masse der Arbeiter hat, ist es wichtig, das Ohr ständig am Herzen der Wirtschaft zu haben, um seinen Pulsschlag vernehmen zu können, und seinen lebendigen Ausdruck findet dieser Pulsschlag auch in Zahlen.

Aber wo soll der Betriebsrat diese Zahlen herbekommen? So wird der Leser immer wieder fragen. Nun, in jeder Tageszeitung finden wir heute statistische Angaben. Es ist nur notwendig, daß man sich diese Zahlen ausschneidet und sammelt. Vor etwas muß man sich dabei natürlich hüten, nämlich, daß man Zahlen, die aus verschiedenen Quellen stammen, ohne weiteres miteinander vergleichen will oder auch nur in Zusammenhang bringt. Das ist besonders bei Indexberechnungen zu beachten. Wenn man auf solche Weise verfährt, kann man mit Zahlen nämlich alles und nichts beweisen. Gerissene Unternehmer und Zeitungsschreiber bedienen sich solcher Mittel, um die Öffentlichkeit irre zu führen. Und hier kann die Tätigkeit der Betriebsräte einsetzen, besonders auch den Kollegen gegenüber, die leider zum größten Teil immer noch bürgerliche Blätter lesen.\*

Nun wollen wir aber zum eigentlichen Wirkungsbereich der Betriebsräte zurückkehren, zum Betriebe selbst. In einem gut organisierten Betrieb wird es für einen tüchtigen Betriebsrat keine große Schwierigkeit bedeuten, Material zu sammeln, und zwar solches Material, das nicht nur für den Tätigkeitsbereich des Betriebsrates selbst, sondern auch für den Kampf der Organisation von großer Wichtigkeit sein kann, besonders auf sozialpolitischem Gebiet. Ich denke da an statistische Angaben über den Fortschritt der Rationalisierung oder über den Zusammenhang zwischen Löhnen, Arbeitszeit und Arbeitsintensität.

Zur Erlangung des erforderlichen Zahlenmaterials braucht sich der Betriebsrat nicht auf „ungefährliche“ Wege zu begeben. Denn laut Betriebsrätegesetz ist der Betriebsrat berechtigt und verpflichtet, an der „Wirtschaftlichkeit“ des Betriebes mitzuarbeiten. (Ich betone „Wirtschaftlichkeit“, das bedeutet nicht Rentabilität, was häufig verwechselt wird.) Und wenn der Betriebsrat an der Wirtschaftlichkeit des Betriebes mitarbeiten soll, so muß ihm auch gestattet werden, Einblick in die Bücher zu nehmen. Der Unternehmer wird sich natürlich die Mitarbeit des Betriebsrates in diesem Punkte dankend verbeten und die Forderung nach zahlenmäßigen Angaben unter Hinweis auf das Betriebsgeheimnis ablehnen. Das darf aber den Betriebsrat nicht abschrecken, denn ich habe schon oft erlebt, daß Angaben, die der Unternehmer als Betriebsgeheimnis bezeichnete, von ihm selbst nachher in die Öffentlichkeit gelangten. Zuerst sollten die Zahlen von Konkurrenzfirmen als Kampfmittel gegen den Betrieb benutzt werden können und nachher wurden sie verwendet, um die Konkurrenz und das Publikum zu blüffen. So sieht manchmal das Betriebsgeheimnis aus. Aber ganz davon abgesehen, wird der Betriebsrat auch Material, das ihm in die Hände gelangt und wirklich als im Interesse des Betriebes gelegen, nicht veröffentlicht werden darf, entsprechend zu behandeln wissen.

Welches Material ist nun für den Betriebsrat von Wichtigkeit? Vor allem Angaben über die Höhe der Produktion, die Kopfzahl der Belegschaft, der Prozentsatz der Angestellten im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft, die Länge der tatsächlichen Arbeitszeit, die Höhe des gezahlten Lohnes nach Stufen geordnet, die Höhe der Selbstkosten, der Verkaufspreise der Erzeugnisse usw. Hat man sich derartiges Material durch einen längeren Zeitraum hindurch gesammelt, so kann man allerlei interessante Schlussfolgerungen ziehen. Zum Beispiel darüber, ob sich die Herstellung des Produktes verbilligt oder ob sich die zur Herstellung notwendige Arbeitszeit verkürzt oder verlängert hat, und welche Ursachen den Veränderungen zugrunde liegen, ob gestiegene Löhne oder der verbesserte Produktionsapparat oder die etwa verkürzte Arbeitszeit oder alles zusammen.

All diese Ergebnisse sind nicht nur für den einzelnen Betrieb von Wichtigkeit, sondern auch für die Organisation, die das Material im Kampfe um die soziale Hebung der Arbeiterklasse sehr gut verwenden kann.

Aber das ist noch nicht der gesamte Gewinn, der aus der Beschäftigung des Betriebsrates und dieser Seite seiner Tätigkeit entspringt. Der Betriebsrat wird allmählich mit dem inneren Gefüge eines Betriebes, mit den Kompliziertheiten des kapitalistischen Pro-

\* Wenn unsere Kollegen nur das reichhaltige und sorgfältig durchgearbeitete Material beachten, studieren, aufheben, ordnen und nutzbringend verwenden wollten, das ihnen durch die Verhandlungsorgane, BZ usw. laufend geliefert wird! Das wäre ein großer Gewinn.  
Redaktion.

Duktionsapparates vertraut, Kenntnisse, die durch den Austausch mit den Erfahrungen anderer Betriebsräte erweitert werden. Eine genaue Kenntnis der kapitalistischen Wirtschaftsmaschine fehlt uns oft, so daß deren Bedeutung für eine kommende Sozialisierung oder auch nur für eine „Kontrolle der Produktion“ nicht erst dargelegt zu werden braucht. Von dem persönlichen Gewinn, der für den einzelnen die Erweiterung seines Gesichtskreises bedeutet, will ich gar nicht erst reden.

In einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wird die auf dem einzelnen ruhende Verantwortung nicht gering sein. Ebenso kann eine sozialistische Gesellschaftsordnung nur von Persönlichkeiten getragen werden, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Ich kann aber nur dann eine Verantwortung übernehmen, wenn sie von Sachkenntnis getragen und gestützt wird. Diese Sachkenntnis zu erwerben, das Verantwortungsgefühl der Arbeiter zu stärken und Hand in Hand damit unserem heutigen praktischen Kampfe um den Sozialismus, um die Befreiung der Arbeiterklasse zu dienen, soll der Zweck dieser Ausführungen sein. Mögen diese Zeilen recht vielen Arbeitern als Anregung dienen, mögen sie recht vielen ein Ansporn sein zum selbständigen Weiterarbeiten an sich selbst und im vorgezeichneten Sinne. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet hat der Ausspruch unseres alten Wilhelm Liebknecht: „Wissen ist Macht“ seine besondere Bedeutung.

\*\*\*

\*\*\*

\*\*\*

## Körperliche Durchsuchung

Willy Proh (Berlin)

Aber die Zulässigkeit der körperlichen Durchsuchung herrscht in den Kreisen der Arbeitnehmer Unklarheit.

Voraussetzung der Zulässigkeit ist, daß sie ausdrücklich in dem zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bestehenden Vertrag vorgesehen ist. Allgemein wird die Durchsuchung in der Arbeitsordnung oder im Einzelvertrag festgelegt. In der AO geschieht es durch die „Kontrollvorschriften“. Es sind dieses „Dienstvorschriften“ im Sinne der §§ 66 Ziffer 5 und 78 Ziffer 3 WRG und daher laut § 75 WRG zwischen Arbeitgeber und Betriebsvertretung zu vereinbaren (Mitteilungsblatt des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin 1923 S. 91).

Ist in der AO die Durchsuchung noch nicht geregelt und will der Arbeitgeber eine Regelung herbeiführen, so kann er, falls die Betriebsvertretung ihre Zustimmung verweigert, den Schlichtungsausschuß anrufen, welcher dann anordnen kann, daß eine entsprechende Nachschrift in die AO eingefügt wird. Die Rechte des Arbeitgebers aus der Durchsuchungsvorschrift richten sich nach dem Wortlaut. Hat sie etwa folgenden Wortlaut: „Jeder Arbeitnehmer kann beim Betreten und Verlassen des Werkes angehalten werden, um sich wegen etwa unrechtmäßig mitgeführter Gegenstände auszuweisen,“ so darf auf Grund dieser Bestimmung eine Leibesvisitation ohne weiteres nicht stattfinden. Das Gemerbegericht Spandau (Altenzeichen 6, S. 298) und das Landgericht 3 Berlin haben in einem Falle entschieden, daß eine derartige Abmachung in der AO nicht dahingehend auszulegen ist, die Firma sei berechtigt, ihre Arbeitnehmer einer Leibesvisitation zu unterziehen. Dieses Recht stehe nur den Polizeiorganen zu.

Der Schlichtungsausschuß für Stadt- und Landkreis Solingen gab in einer Entscheidung vom 2. März 1923 eine ähnliche Auslegung des Begriffes „Ausweisen“.

Die Arbeitnehmer können verlangen, daß die Art der Durchsuchung nicht zu einer Verletzung des Ehrgefühls führt. Gründliche Leibesvisitationen in Gegenwart anderer Arbeitskollegen oder gar so, daß sie für die Außenwelt bemerkbar sind, sind unzulässig. Ebenso dürfen nur Angehörige des gleichen Geschlechts die Untersuchung vornehmen und sie darf nicht unbillig viel Zeit in Anspruch nehmen.

Es hat sich in der Praxis als sehr zweckmäßig erwiesen, wenn bei der Visitation ein Mitglied der Betriebsvertretung anwesend ist, erstens um die Arbeitnehmer gegen Übergriffe der Kontrollbeamten zu schützen und zweitens etwaige Reibereien zwischen den Beteiligten zu verhindern. Die Hinzuziehung von Mitgliedern der Betriebsvertretung muß allerdings erst mit dem Arbeitgeber vereinbart werden (RZfMR. 1923 Sp. 755).

In welcher Form die zulässigen Durchsuchungen durchzuführen sind, richtet sich nach den Vereinbarungen. Es kommen in Betracht: Von Zeit zu Zeit vorzunehmende Überholung der Garderoben- und Arbeitschränke, ferner Betasten der Arbeitnehmer, Untersuchung der Kleidung, unter Umständen Entkleidung.

In vielen Betrieben wird die Benutzung eines Kontrollapparates verlangt. Allgemein finden Durchsuchungen nur dann statt, wenn ein Verdacht vorliegt. Das auf reinen Zufall eingestellte Arbeiten des Apparates kann es mit sich bringen, daß ein und dieselbe Person mehrmals unmittelbar hintereinander zur Durchsuchung bestimmt wird, obwohl sich in jedem Falle ihre Unverdächtigkeit durch die Untersuchung herausstellt, während andere, vielleicht verdächtige Personen unbehindert bleiben. Aus diesem Grunde lehnte es der Schlichtungsausschuß Weiskensels am 5. Juli 1923 ab, die Aufstellung eines Apparates vorzuschreiben.

Ist durch den Arbeitsvertrag die Durchsuchung vorgesehen, so ist es zwecklos, sich ihr zu widersetzen. Jeder Arbeitnehmer, welcher sich ihr unberechtigt widersetzt, kann zur Duldung gewaltsam gezwungen werden, wenn obrigkeitliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist.

Wenn keine Regelung getroffen ist, so hat der Arbeitgeber kein Recht, Untersuchungen vornehmen zu lassen. Hat er einen bestimmten Verdacht, so sind in diesem Falle nur die Organe der öffentlichen Sicherheit zu einer Leibesvisitation befugt.

Allerdings vertreten Fuchs in der „Juristischen Wochenschrift“ 1925 S. 1870 und Dr. Schminke in der „Karten-Auskunftei des Arbeitsrechts“ die Ansicht, daß eine körperliche Durchsuchung durch den Arbeitgeber auch dann zulässig sei, wenn eine Vereinbarung nicht getroffen ist.

Andererseits stellen Dr. B. Richter im „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ und Dr. A. Lorch, Gewerkschaftsbeilage, Frankfurt a. M., fest, daß ohne Vereinbarung keine Durchsuchung stattfinden darf und dieses ist die vorherrschende Meinung.

\*\*\*

\*\*\*

\*\*

## Bücherbesprechung

**Technische Fachbücher.** Herausgeber Dipl.-Ing. A. Meier. Verlag E. W. Kreidel, München, Trogerstr. 56. — Zu den drei ersten Bänden, die wir in Nr. 6 der BZ besprochen haben, ist nun ein viertes Heft (Preis 2,25 Mk.) gekommen, worin Dipl.-Ing. Conrad Aron „Die Grundlagen der elektrischen Energieversorgung“ behandelt. In sechs Hauptabschnitten (Wesen, Bedeutung, Anwendung, Verteilung, Erzeugung und Wirtschaft) werden die elektrische Energie und deren einzelne Fragenkomplexe behandelt. Ihm schließt sich als besonderes Kapitel der Abungsstoff mit 119 Aufgaben und Lösungen an. 36 Abbildungen begleiten den Text. Das vorliegende Heft beansprucht nicht nur das Interesse des Fachmannes, sondern auch andere werden veranlaßt, der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft und ihrer technischen Zusammenhänge die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Dem kommt das vorliegende 4. Heft der Technischen Lehrbücher entgegen.

**Die Krise in der Solinger Stahlwarenindustrie und ihre Lage auf dem Weltmarkt.** Von Joh. Kreken. Genosse Kreken hat dieses ausgezeichnete kleine Schriftchen im Auftrage der Zahlstellen Solingen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes verfaßt. Sie dient dem Nachweis, daß die Exportlage der Solinger Stahlwarenindustrie keineswegs zu Lohnherabsetzungen zwingt, wie die Unternehmer das behaupten. Im Gegenteil, die Ausfuhr- und Konkurrenzbedingungen der Solinger Schneidwarenindustrie sind außerordentlich günstig, so daß man geradezu zu entgegengesetzten Schlussfolgerungen gelangt wie die Kapitalisten. Die Beweisführung Krekens ist umfassend, sachlich und überzeugend. Wenn die Solinger Scharfmacher nun doch die Löhne drücken wollen, müssen sie sich für ihr Vorgehen zumindest nach anderen Argumenten umsehen.

F. P.

**Einführung in das Gewerbe- und Arbeitsrecht.** Von Prof. Dr. E. Jacobi, Leiter des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig. Fünfte verbesserte Auflage. Preis broschiert 2,40 Mk. Verlag Felix Meiner, Leipzig. Das Buch, das auch in den Kreisen unserer Funktionäre viel Verbreitung gefunden hat, ist in seiner soeben erschienenen fünften Auflage auf den neuesten Stand gebracht. Neu hinzugekommen ist eine gedrängte Übersicht über Entstehung, Aufbau und Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts sowie ein Sachregister, das neben einem ausführlichen Inhaltsverzeichnis das Auffinden der einzelnen Stoffgebiete sehr erleichtert. Das Buch kann allen, die sich mit der umfangreichen Materie des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes und den Betriebs- und Organisationsformen der Unternehmer und Arbeiter vertraut machen wollen und nach einer kurz gehaltenen, auch dem Laien verständlichen Einführung suchen, zur Anschaffung empfohlen werden.

D. G.